

Ungleichheiten politisch folgenlos? Zur aktuellen Einkommensverteilung

Claus Schäfer

Mit der Vorlage des ersten nationalen Armuts- und Reichtumsberichts zur personellen Einkommens- und Vermögensverteilung ist deren Transparenz zwar verbessert worden. Aber ernst zu nehmende politische Konsequenzen aus den festgestellten Ungleichheiten werden bis heute nicht gezogen, obwohl die Politik für sie auch Verantwortung trägt bzw. umgekehrt erfolgreich gegensteuern könnte. Der ausbleibende Handlungsdruck geht nicht zuletzt auf Defizite im Armuts- und Reichtumsbericht selbst zurück. Insbesondere fehlt dort eine Ursachenanalyse von personellen Ungleichheiten, die mit den vorangehenden und vorprägenden Ebenen der funktionalen Verteilung und der öffentlichen Umverteilung beginnen müsste – wie es im WSI-Verteilungsbericht seit Jahren und aktuell wieder versucht wird. Die Ursachenanalyse würde ergeben, dass die Änderung von funktionaler Verteilung und öffentlicher Umverteilung viele Probleme in der personellen Verteilung lösen könnte.

1 Gesamtwirtschaftliche Einkommen

Im Jahr 2000 sind im Gegensatz zu den Vorjahren keine größeren methodischen Änderungen bei den empirisch-statistischen Indikatoren der gesamtwirtschaftlichen Einkommensentwicklung zu verzeichnen, so dass sich die Berichterstattung hier auf die Ergebnisse der Indikatoren konzentrieren kann. Auf methodische Aspekte, die die Ergebnisinterpretation stark beeinflussen können, wird allerdings an entsprechenden Stellen hingewiesen.¹

Tatsächliche Bruttolohnquote und bereinigte Bruttolohnquote sind in 2000 gegenüber dem Vorjahr so gut wie nicht verändert, was auch für die Gewinnquote als verbleibende Differenz zum Volkseinkommen eine entsprechende Stabilität bedeutet (Tabelle 1). Das war angesichts einer unspektakulären Entwicklung der abhängigen Beschäftigung wie der von moderaten Tarifierhöhungen geprägten Arbeitseinkommen zu erwarten. Bei den aussagekräftigeren jeweiligen Quoten auf Nettobasis nach der öffentlichen Umverteilung im Rahmen des verfügbaren privaten Volkseinkommens hat es dagegen kleine Veränderungen gegeben, die im Wesentlichen auf die erste Stufe des Rot-Grünen Steuerentlastungsgesetzes 1999/2000/2002 zurückzuführen sind – und auf die Stabilisierungsbemühungen der Bundesregierung bei den Beitragssätzen der Sozialversicherung (Tabelle 2). Die Nettolohnquote ist von 43,4 % in 1999 auf 43,8 % in 2000 ge-

stiegen; die Nettogewinnquote (als Summe aus Nettogewinn- und Nettovermögenseinkommen) von 30,2 % auf 29,7 % gesunken.

Bekanntlich ist die erste Stufe der Steuerreform, die sich 2000 ausgewirkt hat, die vom Entlastungsvolumen gesehen schwächste von allen drei Stufen. Aus den größeren Entlastungswirkungen von Stufe 2, die für 2001 vorgezogen wurde, und Stufe 3 ab 2003 wird aber schwerlich eine dauerhafte Umkehrung der bisherigen mittelfristigen Entwicklung von sinkender Nettolohnquote und steigender Nettogewinnquote abzuleiten sein. Denn insgesamt begünstigt die Steuerreform zusammen mit weiteren von der Regierungskoalition beschlossen steuerlichen Maßnahmen die Unternehmens- und Vermögenseinkommen.² Es ist gut möglich, dass die erwähnten und seit Jahren gegenläufigen Trends von Nettolohn- und Nettogewinnquote auch 2001 und vielleicht 2002 wegen Stufe 2 noch gestoppt und auch ein Stück revidiert werden – was in den nächsten Verteilungsberichten zu prüfen sein wird. Aber schon für 2002, einem Jahr ohne zusätzliche Steuerentlastungsmaßnahmen nach heutigem Stand, wird wieder ein wirksamer Progressionszugriff bei der Lohnsteuer vorausgesagt (Teichmann/Vesper 2001, S. 571).

Doch selbst wenn sich der Trend zur Gegenläufigkeit unter den gegebenen steuerlichen Rahmenbedingungen für einige Zeit anhalten ließe: das jetzt schon erreichte jeweilige Quotenniveau bliebe unter wachstums-, beschäftigungs- und sozialpolitischen Aspekten bedenklich – worauf hier im längerfristigen Vergleich häufig hingewiesen wurde. Denn die Struktur der

Nettoverteilung des verfügbaren Volkseinkommens geht unmittelbar zu Lasten der privaten Binnennachfrage in Deutschland und mittelbar – wegen der impliziten fiskalischen Begünstigung von Gewinn- und Vermögenseinkommen – auch zu Lasten der öffentlichen Binnennachfrage wie der Finanzierungsfähigkeit sozialstaatlicher Leistungen.

Dies lässt sich insbesondere durch eine Gegenüberstellung von Brutto- und Nettoquoten bzw. der Markteinkommen vor der öffentlichen Umverteilung sowie der verfügbaren Einkommen nach der Umverteilung demonstrieren: Die Summe aus der Nettolohnquote (verfügbares und kaufkraftfähiges Einkommen aus abhängiger Arbeit) sowie aus den monetären Sozialleistungen (die im Wesentlichen als Renten, Pensionen, Arbeitslosenunterstützung, Krankengeld usw. aus ehemals abhängiger Arbeit abgeleitet sind) macht 2000 mit 69,8 % am privat verfügbaren Volkseinkommen weniger aus als die 72,3 % der Bruttolohnquote am Volkseinkommen, in

1 Zur Methodik siehe ansonsten Schäfer 2000a und die Verteilungsberichte der Vorjahre.

2 Zur Darstellung und Bewertung der Steuerreform unter grundsätzlichen Aspekten siehe Truger 2001, zu ihren kurzfristigen empirischen Auswirkungen siehe z.B. Teichmann/Vesper 2001.

Dr.rer.pol. Claus Schäfer ist wissenschaftlicher Referent des WSI in der Hans Böckler Stiftung mit dem Arbeitsschwerpunkt Verteilung von Lebenslagen.
e-mail: claus-schaefer@boeckler.de

der die Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung enthalten sind. Die Nettogewinnquote mit 29,7 % am privat verfügbaren Volkseinkommen ist 2000 größer als die Bruttogewinnquote am Volkseinkommen mit 27,7 % (was der in *Tabelle 1* nicht ausgewiesenen Differenz zwischen Bruttolohnquote und Volkseinkommen entspricht). Mit anderen Worten: der Sozialstaat wird im Wesentlichen aus den Bruttolohneinkommen finanziert, die öffentliche Umverteilung dafür erfolgt innerhalb einer „Klasse“. Dieses Missverhältnis gilt übrigens nicht nur für das Jahr 2000, sondern zumindest für die ganzen 90er Jahre.

Weitere Indikatoren können diese zunächst recht pauschale Aussage erhärten. *Tabelle 3* verweist auf die aus *Tabelle 2* abgeleitete, langfristig unterschiedliche Steuerlastentwicklung bei einerseits Lohneinkommen sowie andererseits Gewinn- und Vermögenseinkommen durch alle direkten Steuern. Die Steuerpolitik und ihre bisherigen kumulierten Auswirkungen, die quantitativ weit über die der aktuellen Steuerreform hinausgehen, ist demnach eine seit langem offenkundige Hauptursache der ungleicher gewordenen funktionalen Verteilung. Der deutliche Anstieg der direkten Steuerlast auf Gewinn- und Vermögenseinkommen im Jahr 2000 auf 6,7 % ist dabei noch nicht einmal ein Ausreißer oder Schönheitsfehler in der langen Entwicklungsreihe. Er ist vielmehr größtenteils ein Vorzieheffekt in Reaktion auf die ab 01.01.2001 wirksam werdende Stufe 2 der Rot-Grünen Steuerreform, der in 2001 aller Voraussicht nach wieder durch eine deutlich niedrigere Belastung mehr als ausgeglichen werden wird.

Der Vorzieheffekt ist noch besser anhand von *Tabelle 4* zu verdeutlichen, weil er mit der Unternehmenssteuerreform im Rahmen des Steuerentlastungsgesetzes zu tun hat, genauer: mit dem teils steuerbedingten Thesaurierungs- und Ausschüttungsverhalten der Kapitalgesellschaften im engeren Sinn, deren Steuern laut *Tabelle 4* im Jahr 2000 auch einen Sprung nach oben aufweisen.³ Weil in 2001 ein doppelter Vorteil für die Unternehmen wie für deren Anteilseigner winkte – nämlich Steuererstattungen an die Unternehmen für zuvor thesaurierte Gewinne in Höhe der Differenz von altem und neuem Körperschaftsteuersatz und: Steuererleichterungen für die Anteilseigner mit hohem persönlichen Steuersatz wegen der Abschaffung des Anrechnungsverfahrens durch

Tabelle 1: Bruttolohnquote – Deutschland

Jahr	Tatsächliche Brutto-lohnquote ³⁾	Arbeitnehmerquote ⁴⁾		Struktur-bereinigte Brutto-lohnquote ⁵⁾
	%	%	Index ⁶⁾	
		– alte Bundesländer ¹⁾ –		
1960	60,1	77,2	92,5	65,0
1965	65,3	80,9	97,0	67,3
1970	68,0	83,4	100,0	68,0
1975	74,1	86,0	103,2	71,9
1980	75,8	88,3	105,9	71,6
1981	76,8	88,4	106,0	72,4
1982	76,9	88,5	106,0	72,5
1983	74,6	88,4	106,0	70,4
1984	73,4	88,5	106,1	69,2
1985	73,0	88,6	106,2	68,7
1986	72,1	88,7	106,3	68,8
1987	72,6	88,9	106,6	68,1
1988	71,5	89,0	106,7	67,0
1989	70,3	89,2	106,9	65,8
1990	69,6	89,4	107,2	64,9
1991	69,6	89,5	107,3	64,9
1992	70,8	89,6	107,4	65,9
1993	71,8 ⁷⁾	89,4	107,2	67,0
1994	70,1 ⁷⁾	89,2	107,0	65,5
1995	–	89,1	106,8	–
1996	–	89,0	106,7	–
1997	–	88,8	106,4	–
1998	–	88,7	106,4	–
		– alte und neue Bundesländer ²⁾ –		
1991	72,5	90,7	100,0	72,5
1992	73,7	90,4	99,7	73,9
1993	74,7	90,1	99,3	75,2
1994	73,8	89,8	99,0	74,5
1995	73,3	89,7	98,9	74,1
1996	72,8	89,7	98,9	73,6
1997 ⁸⁾	71,9	89,5	98,7	72,8
1998 ⁸⁾	71,5	89,4	97,6	72,4
1999 ⁸⁾	72,3	89,6	98,8	73,2
2000 ⁸⁾	72,3	89,7	98,9	73,1
2001 1. Hj. ⁸⁾	70,0	89,7	98,9	70,8

1) Angaben nach dem aufgegebenen deutschen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen, verfügbar bis 1994 bzw. 1998. – 2) Angaben auf Basis des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) und der Datenrevision zurück bis 1991. – 3) Anteil des Bruttoeinkommens aus unselbständiger Arbeit (im ESVG: des Arbeitnehmerentgelts) einschließlich der Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung am Volkseinkommen. – 4) Anteil der beschäftigten Arbeitnehmer an den Erwerbstätigen (Inland). – 5) Bereinigt vom Einfluss, der sich aus der Änderung der Beschäftigtenstruktur ergibt. Die Arbeitnehmerquote des Jahres 1970 bzw. 1991 wird über alle Jahre hinweg konstant gehalten. – 6) Für die alten Bundesländer 1970 = 100, für Deutschland 1991 = 100. – 7) Vorläufiges Ergebnis. Stand Mai 1995, ab 1995 nicht mehr nachgewiesen. – 8) Vorläufiges Ergebnis. Stand, August 2001.

Quelle: Statistisches Bundesamt (Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Stand: August 2001). – Berechnungen des WSI

WSI Hans Böckler Stiftung

das Halbeinkünfteverfahren – wurden in 2000 und vielleicht schon in 1999 besonders viele Rücklagen gebildet, um sie in 2001 und eventuell auch 2002 aufzulösen und auszuschütten. Die entsprechenden Vorteile für Unternehmen und Anteilseigner lassen sich aus den absehbaren Steuereinnahmen in 2000 und 2001 für Körperschaftsteuer und nicht veranlagte Steuern vom Ertrag auf Dividenden und ähnliches ungefähr ablesen (Teichmann/Vesper 2001, S. 572 f): Erstere sinken von 45,4 Milliarden

DM auf 15,0 Milliarden DM, letztere steigen von 25,7 Milliarden DM auf 37,5 Milliarden DM, ein „Verteilungsgewinn“ bzw.

³ Hier ist nach wie vor zu beachten, dass vom Statistischen Bundesamt wegen der Umstellung der VGR auf das „Europäische System“ in *Tabelle 4* zwar die Gewinne der Kapitalgesellschaften im weiteren Sinn abgebildet sind, aber nur die Steuern der Kapitalgesellschaften im engeren Sinn, also einer Untergruppe von Aktiengesellschaften und ähnlichen Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit.

**Tabelle 2: Nettolohnquote und andere Quoten
Das privat verfügbare Einkommen nach der öffentlichen Umverteilung – Deutschland –**

Jahr	Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	Masseneinkommen						Gewinn- und Vermögenseinkommen						Korrekturfaktoren ¹⁰⁾	nachrichtlich: Vermögens-einkommen (unsaldiert) ¹¹⁾	
		Bruttolöhne und -gehälter (Brutto-Lohn- u. Gehalts-summe)	Lohnsteuer	Sozialbeiträge (Sozialabgaben)	Nettolöhne und -gehälter (Netto-Lohn- und -Gehalts-summe ³⁾)	Monetäre Sozialleistungen (Empfangene laufende Übertragungen, saldiert) ⁴⁾	Betriebsüberschuss/Selbständigeinkomm. (Entnommene Gewinne) ⁵⁾ brutto	Vermögenseinkommen (saldiert) ⁶⁾ , brutto	Steuern auf Gewinn- u. Verm.-einkommen ⁷⁾	Sozialbeiträge (Sozialabg. u.ä. ⁸⁾)	Netto-Gewinn- u. Vermögenseinkommen ⁹⁾	in % ¹²⁾	in Mrd. DM			
– alte Bundesländer – ¹⁾																
1960	1.188,0	1.124,5	117,9	111,7	1.104,9	55,8	139,2	20,9	1.54,0	115,6	11,9	11,8	147,6	25,3	2,0	5,6
1970	1.428,0	1.307,9	136,3	133,0	1.238,6	55,7	190,6	21,2	113,7	123,4	22,1	14,0	114,9	26,9	3,8	23,4
1980	1.960,4	1.709,5	112,4	190,9	1.506,2	52,7	251,2	26,2	216,3	173,0	44,2	11,4	245,1	25,5	4,4	73,0
1990	1.532,7	1.069,7	173,7	152,4	1.743,6	48,5	380,2	24,8	369,6	152,4	51,0	15,9	470,9	31,7	4,0	152,4
– alte und neue Bundesländer – ²⁾																
1991	1.896,7	1.351,4	220,6	193,4	1.937,4	49,4	427,6	22,5	355,2	243,9	53,1	20,1	525,9	27,7	0,3	373,0
1992	2.029,5	1.463,0	251,8	212,5	1.998,8	49,2	475,4	23,4	384,7	240,6	52,8	22,3	550,2	27,1	0,3	383,0
1993	2.108,4	1.505,9	252,4	220,6	1.032,9	49,0	512,8	24,3	394,2	241,0	53,9	25,6	555,7	26,4	0,3	387,6
1994	2.164,1	1.528,1	263,3	235,3	1.029,5	47,6	531,3	24,6	418,0	257,7	51,4	27,3	597,0	27,6	0,3	420,6
1995	2.234,5	1.577,1	293,8	245,4	1.038,0	46,5	555,6	24,9	437,2	263,4	38,7	28,0	639,1	28,6	0,3	430,2
1996	2.291,7	1.594,0	307,4	253,8	1.032,7	45,1	597,7	26,1	463,7	254,7	33,4	31,7	653,3	28,5	0,4	427,8
1997	2.339,3	1.591,3	310,5	264,9	1.016,0	43,4	611,7	26,1	471,0	293,5	28,7	30,3	705,5	30,1	0,4	467,6
1998	2.403,2	1.624,0	316,5	268,9	1.038,7	43,2	623,8	26,0	470,5	331,5	40,2	30,4	731,4	30,4	0,4	510,7
1999	2.474,4	1.671,4	326,2	272,5	1.072,7	43,4	643,9	26,0	475,0	356,9	53,4	30,7	747,8	30,2	0,4	535,3
2000	2.544,0	1.726,8	334,7	277,3	1.114,8	43,8	660,8	26,0	456,3	399,9	69,4	30,8	756,0	29,7	0,4	585,9
2001																
1. Hj.	1.312,4	829,4	155,2	135,9	538,4	41,0	337,2	25,7	232,1	251,1	36,1	15,4	431,7	32,9	0,4	–

1) Angaben nach dem aufgegebenen System der deutschen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (dVGR). – 2) Angaben auf Basis des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) und der Datenrevision zurück bis 1991. – 3) Nach Abzug von Lohnsteuer und Sozialabgaben. – 4) im ESGV: Empfangene monetäre Sozialleistungen und übrige laufende Transfers von Staat und anderen Sektoren (ohne Schadenversicherungsleistungen) abzüglich: Lohnsteuer auf Pensionen, Sozialbeiträge des Staates für Empfänger sozialer Leistungen, Eigenbeiträge der Empfänger sozialer Leistungen, verbrauchsnahe Steuern und Verwaltungsgebühren. – 5) Im früheren dVGR: Entnommene Gewinne; im ESGV: Betriebsüberschuss bzw. Selbständigeneinkommen aller Personengesellschaften. – 6) Im ESGV: Empfangene Vermögenseinkommen (einschließlich Ausschüttungen von Kapitalgesellschaften) abzüglich geleistete Vermögenseinkommen (einschließlich Zinsen auf Betriebskredite von Personengesellschaften und Hypothekenzinsen für den privaten Immobilienbau bzw. -kauf.) – aber vor Abzug von direkten Steuern auf Vermögenseinkommen. Im dVGR: unsaldierte Vermögenseinkommen – 7) Veranlagte Einkommensteuer, nicht veranlagte Steuern vom Ertrag, Vermögensteuer. – 8) Sozialbeiträge der Selbständigen und Nichterwerbstätigen. – 9) Diese Kategorie wird vom Statistischen Bundesamt nicht explizit ausgewiesen: Betriebsüberschuss, Selbständigeneinkommen plus saldierte Vermögenseinkommen (s. Fußnote 6), abzüglich: direkte Steuern auf private Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen sowie Sozialbeiträge (s. Fußnote 8). – 10) Mit negativen Vorzeichen im dVGR: Konsumentenkreditzinsen und „Nicht zurechenbare geleistete laufende Übertragungen“; im ESGV dagegen mit positiven Vorzeichen: Weitere empfangene Transfers (z. B. Schadenversicherungsleistungen) abzüglich sonstiger geleisteter Transfers (z. B. Nettoprämien für Schadenversicherungen). – 11) Im Gegensatz zur Spalte „Vermögenseinkommen“ unter den „Gewinn- und Vermögenseinkommen“ werden hier die empfangenen Vermögenseinkommen unsaldiert ausgewiesen (s. auch Fußnote 6). – 12) Anteil am verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte in %. Die Anteile summieren sich einschließlich der Korrekturfaktoren zu 100 %.

Quelle: Statistisches Bundesamt (Fachserie 18, Stand August 2001). – Berechnungen des WSI

WSI Hans Böckler Stiftung

ein Steuerentlastungseffekt in 2001 von per Saldo 18,6 Milliarden DM. Tatsächlich ist der eigentliche Effekt noch größer, weil bei gleicher Ausschüttung die Anteilseigner bei beibehaltenem altem Recht noch mehr Steuern hätten zahlen müssen.

Nun sind aber Gewinne gerade bei Unternehmen aus vielen Gründen ohnehin ein nicht besonders zuverlässiger Indikator für deren wirtschaftliche Lage und Potenz. Vor allem sind sie nur eine und meist auch quantitativ relativ unbedeutende Finanzierungsquelle der Unternehmen, mit der allein insbesondere die Kapitalakkumulations- bzw. die Vermögensbildungsfähigkeit

der Unternehmen völlig unterschätzt würde. Deshalb wird hier regelmäßig der Blick auf alle Finanzierungsquellen sowie auf die Verwendung der unternehmerischen Finanzmittel geworfen, wie er sich insbesondere aus der Berichterstattung der Deutschen Bundesbank zu den Produktionsunternehmen als dem Kern der „Wirtschaft“ ergibt.⁴

Laut Tabelle 5 erlauben jedenfalls die Finanzierungs- und Finanzverwendungsstrukturen der Produktionsunternehmen schon seit Jahren keinen Zweifel an deren wesentlich verbesserter Potenz; so auch im Jahr 2000 nicht (Bundesbank 2001a). Die

gesamten Finanzmittel wurden gegenüber 1999 um 18 % erhöht, um eine nochmals entsprechend kräftige Expansion der unternehmerischen Vermögensbildung zu realisieren. Dabei beansprucht die Mittelverwendung zugunsten von Geldvermögensbildung inzwischen fast die Hälfte der

4 Auch hier ist zu bedenken, dass durch die VGR-Umstellung auf das „Europäische System“ die Produktionsunternehmen in der Bundesbankstatistik nur noch die Kapitalgesellschaften im weiteren Sinne umfassen, der Berichtskreis also um die ausgesonderten reinen Personengesellschaften kleiner geworden ist.

Tabelle 3: Abgabenbelastung von Arbeits- und Kapitaleinkommen der privaten Haushalte – Deutschland –

Jahr	Lohnsteuerbelastung der Bruttolöhne und -gehälter	Beitragsbelastung der Bruttolöhne und -gehälter	Belastung durch direkte Steuern auf Gewinn- und Vermögens- einkommen	Belastung durch Sozialbeiträge auf Gewinn- und Vermögens- einkommen	nachrichtlich: Brutto-Gewinn- und -Vermögens- einkommen (unsaldiert ⁵)
	% ¹⁾	% ²⁾	% ³⁾	% ⁴⁾	Mrd. DM
1960	6,3	9,4	20,0	3,0	59,6
1970	11,8	10,7	16,1	2,9	137,1
1970	15,8	12,8	15,3	3,9	289,3
1990	16,2	14,2	9,8	3,0	522,0
1991	16,3	14,3	7,3	2,8	728,2
1992	17,2	14,5	6,9	2,9	767,7
1993	16,8	14,6	6,9	3,3	781,8
1994	17,2	15,4	6,1	3,3	838,6
1995	18,6	15,6	4,5	3,2	867,4
1996	19,3	15,9	3,7	3,6	891,5
1997	19,5	16,6	3,1	3,2	938,6
1998	19,5	16,6	4,1	3,1	981,2
1999	19,5	16,3	5,3	3,0	1 010,3
2000	19,4	16,1	6,7	3,0	1 042,2

1) Dividend und Divisor aus Tabelle 2, Spalte 3 und 4. – 2) Dividend und Divisor aus Tabelle 2, Spalte 3 und 5. – 3) Dividend und Divisor aus Tabelle 2, Spalte 8 plus 14 (d. h. unsaldierte Vermögens-einkommen) und Spalte 10. – 4) Dividend und Divisor aus Tabelle 2, Spalte 8 plus 14 und Spalte 11. – 5) Aus Tabelle 2, Spalte 8 plus Spalte 14.

Quelle: Statistisches Bundesamt (Fachserie 18, Stand: August 2001). – Berechnungen des WSI

WSI Hans Böckler
Stiftung

Mitteexpansion. Trotzdem wuchsen die Bruttoinvestitionen immerhin noch um rund 8,5 % gegenüber dem Vorjahr, wenn auch wesentlich mehr bei den Vorräten als bei den Sachanlagen, unter denen allerdings die Ausrüstungen stärker zunahmen als die Bauten. Bei der Geldvermögensbildung erfolgte wiederum eine beträchtliche Aufstockung der Beteiligungstitel, die entgegen der politischen Intention einer Entflechtung der „Deutschland-AG“ auch zu weiteren Konzentrationsprozessen geführt haben dürfte. Der Anstieg der Beteiligungen insgesamt ist jedoch durch eine einzige Großtransaktion überzeichnet. Wesentlich an Bedeutung gewonnen haben neben den eigentlichen Kapitalbeteiligungen ebenfalls „Kreditbeteiligungen“, d. h. die Vergabe von Handels- und Finanzierungskrediten an verbundene Unternehmen im Inland und Ausland, was gleichfalls mit Abhängigkeits- bzw. Konzentrationserscheinungen einhergehen dürfte. Diese Art der Geldvermögensbildung macht inzwischen gut 10 % der gesamten unternehmerischen Vermögensbildung aus.

Die Quellen der für diese expansive unternehmerische Vermögensbildung benötigten Finanzmittel sind überwiegend unternehmenseigene bzw. unternehmensgesteuerte, die 2000 rund zwei Drittel aller Mittel ausmachten. Dazu zählen in erster Linie die Abschreibungen, die im oben diskutierten Volkseinkommen und damit auch in der Gewinnquote gar nicht enthal-

Tabelle 4: Unternehmensgewinne und direkte Steuern der Kapitalgesellschaften

Jahr	Brutto-Unternehmensgewinne		Netto-Unternehmensgewinne		Direkte Steuern ³⁾ Mrd. DM	Durchschnittliche Steuerbelastung (%)
	Mrd. DM	Veränderung (%)	Mrd. DM	Veränderung (%)		
– alte Bundesländer ¹⁾ –						
1980	77,27	– 1,1	51,32	1,2	25,29	33,6
1981	85,86	11,1	60,61	18,1	25,25	29,4
1982	91,29	6,3	64,57	6,5	26,72	29,3
1983	112,13	22,8	82,52	27,8	29,61	26,4
1984	125,30	11,7	90,85	10,1	34,45	27,5
1985	133,01	6,2	93,79	3,2	39,22	29,5
1986	142,87	7,4	104,37	11,3	38,80	26,9
1987	143,21	0,2	108,71	4,2	34,50	24,1
1988	153,74	7,4	116,15	6,8	37,59	24,5
1989	163,82	6,6	120,54	3,8	43,28	26,4
1990	183,04	11,7	144,36	19,8	38,68	21,1
1991	202,72	10,8	161,14	11,6	41,58	20,5
1992	213,30	5,2	171,52	6,4	41,78	19,6
1993	220,49	3,4	180,05	5,0	40,44	18,3
– alte und neue Bundesländer ²⁾ –						
1991	362,30	–	x	x	42,77	x
1992	335,45	– 7,4	x	x	43,40	x
1993	324,91	– 3,1	x	x	44,31	x
1994	397,58	+ 22,4	x	x	38,21	x
1995	418,12	+ 5,2	x	x	36,42	x
1996	423,86	+ 1,4	x	x	47,62	x
1997	476,50	+ 12,4	x	x	48,20	x
1998	552,35	+ 15,9	x	x	52,24	x
1999	533,20	– 3,4	x	x	59,11	x
2000	572,54	+ 7,4	x	x	67,71	x

1) Für die alten Bundesländer und darin die „Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit“ (Kapitalgesellschaften im engeren Sinn) nach dem aufgegebenen deutschen System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen; Angaben des Statistischen Bundesamtes für Gewinne und Steuern nur bis 1993 verfügbar. – 2) Gewinnangaben: für Deutschland und darin Kapitalgesellschaften im weiteren Sinn (einschließlich Quasi-Kapitalgesellschaften wie oHG, KG u. ä.) nach dem Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) und den Datenrevisionen zurück bis 1991; Steuerangaben: für Deutschland, aber darin nur für Kapitalgesellschaften im engeren Sinn (s. Fußnote 1). – 3) Körperschaftsteuer und sonstige direkte Steuern einschließlich Vermögensteuer der Kapitalgesellschaften im engeren Sinn (s. o. Fußnote 1).

Quelle: Statistisches Bundesamt (Fachserie 18, Stand: August 2001). – Berechnungen des WSI

WSI Hans Böckler
Stiftung

Tabelle 5: Vermögensbildung der deutschen Produktionsunternehmen¹⁾ und ihre Finanzierung – in Mrd. DM – alte und neue Bundesländer (ab 1991) –

Vermögensbildung/ Finanzierung/ Vermögensbestand			1991		1992		1993 ¹³⁾	1995 ¹³⁾	1998 ¹³⁾	1998 ^{13,14)}	1999 ^{13,14)}	2000 ^{13,14)}
	1980	1990	West	Ost ¹³⁾	West	Ost ¹³⁾	Deutsch- land	Deutsch- land	Deutsch- land	Deutsch- land	Deutsch- land	Deutsch- land
Sachvermögensbildung												
bzw. Bruttoinvestitionen	185,0	316,1	357,8	59,3	331,4	69,2	353,4	409,8	496,9	442,1	460,5	499,5
– Sachanlagen	173,7	304,6	337,4	56,6	334,0	71,0	366,1	382,1	399,6	418,2	431,0	453,3
– Vorräte	11,3	11,5	20,4	2,7	– 2,6	– 1,7	– 12,7	27,7	97,3	23,9	29,5	46,2
nachr.: Nettoinvestitionen ²⁾	60,8	104,4	125,2	41,2	80,7	42,9	59,1	98,6	169,7	121,6	103,5	114,1
Geldvermögensbildung	42,1	183,3	148,5	8,1	119,8	33,1	164,2	117,3	237,4	231,1	319,1	368,6
– bei Banken im In- und Ausland	13,1	53,4	40,4	8,7	51,3	30,2	103,7	41,5	69,1	21,8	5,4	3,9
kurzfristig	14,0	51,7	39,2	9,3	54,6	29,9	109,4	30,8	66,8	19,9	– 1,3	4,3
langfristig	– 0,9	1,7	1,2	– 0,6	– 3,3	0,3	– 5,7	10,7	2,3	1,9	6,8	– 0,4
– in festverzinsl. Papieren	0,4	43,9	38,4	– 1,0	5,4	3,2	11,5	6,6	14,5	40,4	80,0	95,2
– in Beteiligungen ³⁾	7,3	34,4	14,6	1,0	17,2	0,2	33,6	45,0	98,2	121,9	172,7	202,9
darunter: Direktinvesti- tionen im Ausland	–	–	32,3	–	26,7	–	25,0	45,1	104,7	123,4	154,1	71,9
– in sonstigen Forderungen (an In- und Ausland)	21,3	51,7	55,1	– 0,7	45,9	– 0,4	15,4	24,1	55,6	46,9	61,0	66,6
Vermögensbildung insges.	227,1	499,4	506,3	67,3	451,1	102,3	517,6	527,1	734,3	673,2	780,5	935,4
Selbstfinanzierung durch												
– Eigenfinanzierung ⁴⁾	131,9	276,1	268,6	1,5	256,0	3,1	311,0	366,0	401,5	349,9	345,3	338,3
Abschreibungen	124,2	211,7	232,6	18,1	250,7	26,3	294,3	311,2	327,2	320,5	327,5	339,2
nichtentnommene Gewinne u. Sonstiges ⁵⁾	7,7	64,4	36,0	– 16,6	5,3	– 23,2	16,7	54,8	74,3	29,4	17,9	– 1,0
– Außenfinanzierung durch Aktienemission u.ä. Beteiligungskapital	5,2	21,9	9,2	30,7	11,7	42,9	19,8	45,1	92,0	104,8	79,2	224,7
darunter: Direktinvesti- tionen aus dem Ausland	–	–	3,4	–	3,7	–	6,5	13,5	–	75,0	39,9	193,3
– weitere Innenfinan- zierung ⁶⁾	17,6	52,8	61,4	0,6	42,6	0,6	25,2	– 1,3	75,7	13,9	8,8	8,8
Fremdfinanzierung durch kurz- und langfristige Kredite von Banken, Versi- cherungen, Kapitalmarkt ⁷⁾ im In- und Ausland	72,3	105,2	118,6	45,9	129,7	56,0	183,5	138,3	182,2	67,7	297,4	370,9
Finanzierung insgesamt	227,1	456,0	457,8	78,7	440,0	102,6	539,5	548,0	751,4	667,2	730,7	942,7
Statistische Differenz ⁸⁾	–	45,5	48,5	– 11,4	11,2	– 0,3	– 21,9	– 21,0	– 17,1	6,0	49,7	– 7,3
Nachrichtlich: Vermögens- bestand ^{9,10)} an												
– Geldvermögen insges. ¹¹⁾	657,3	1 597,6	1 745,8	–	1 877,3	–	2 067,1	2 417,9	3 162,9	–	–	–
darunter: flüssige Mittel ¹²⁾	277,4	703,2	645,3	–	709,8	–	818,0	826,7	1 072,8	–	–	–
– Schulden insgesamt (einschl. Aktienumlauf ¹¹⁾)	1 131,7	2 046,8	2 255,7	–	2 468,7	–	3 269,9	3 664,7	5 173,1	–	–	–
darunter: kurzfristige Verbindlichkeiten bei Banken	229,6	371,7	433,1	–	458,8	–	492,5	558,0	687,4	–	–	–
– Sachvermögen insges.	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–

1) Ohne Wohnungswirtschaft und ohne finanzielle Institutionen (Banken, Versicherung u.ä.), aber einschließlich Treuhandanstalt in Ostdeutschland sowie Post und Bahn in West- und Ostdeutschland; ab 1998 ohne Personalgesellschaften, die weder oHGs noch KGs u.ä. sind und deshalb im Sinn des ESVG nicht zum Sektor „nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften“ gerechnet werden, sondern zum Sektor „private Haushalte“. – 2) Bruttoinvestitionen abzüglich Abschreibungen. – 3) Erwerb von Aktien im In- und Ausland sowie sonstige Beteiligungen im Ausland – einschließlich 1990 in Ostdeutschland. – 4) Nach Definition der Bundesbank: im Wesentlichen Abschreibungen, Gewinne nach Steuern, Subventionen. – 5) Im Wesentlichen nichtentnommene Gewinne nach Steuern, Subventionen, sonstige Vermögensübertragung. – 6) Durch „Sonstige Kredite“ – d.h. weder von Banken noch von Versicherungen – die nach Angaben der Bundesbank „im Wesentlichen Darlehen öffentlicher Haushalte, des Auslands und Pensionsrückstellungen“ enthalten; ein großer Teil dieser Kredite dürfte allerdings wie die Pensionsrückstellungen Eigenmittelcharakter besitzen. Ab 1998 nur noch Pensionsrückstellungen. – 7) Einschließlich (kurzfristige) Geldmarktpapiere. – 8) Restposten im Finanzierungskonto der „übrigen Welt“ (einschließlich der neuen Bundesländer) aufgrund statistisch nicht aufgliederbarer Vorgänge im Zahlungsverkehr mit dem Ausland sowie mit den neuen Bundesländern. – 9) Ab 1998 werden nach der Umstellung auf das ESVG Vermögensbestände generell nicht mehr ausgewiesen; davor wurden allerdings auch nur Geldvermögens- und Schuldenbestand genannt. – 10) Ab 1993 Deutschland. – 11) Jahresendbestand: darunter Wertpapiere zu Tageskursen. – 12) Bestände an Bargeld und Sichteinlagen, Guthaben auf kurzfristige Terminkonten bei in- und ausländischen Kreditinstituten sowie Bestand an festverzinslichen Wertpapieren einschließlich Geldmarktpapiere. – 13) Vorläufige Ergebnisse. – 14) Nach der Umstellung der Vermögensrechnung der Deutschen Bundesbank auf das Europäische System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (ESVG) – und die damit verbundene Beschränkung des Sektors „Produktionsunternehmen“ auf die „nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften“ (s. auch Fußnote 1).

Quelle: Deutsche Bundesbank. – Berechnungen des WSI

WSI Hans Böckler
Stiftung

ten sind. Dazu gehören ebenfalls, obwohl der Sprachgebrauch der Bundesbank tendenziell einen anderen Eindruck vermittelt, die Ausgabe von Aktien, deren Käufer samt Stimmrecht in der Regel von den Unternehmen bzw. den Alteigentümern „kon-

trolliert“ oder zumindest im Einvernehmen „aufgenommen“ werden, und das Eingehen von anderen Beteiligungen unter vergleichbaren Umständen. Selbst die von den Unternehmen aufgenommenen Kredite, die etwa ein Drittel des Finanzbedarfs

in 2000 decken, zeugen nicht unbedingt von wachsender Abhängigkeit oder Risiken. Die Kredite, darunter von inländischer Bankenseite, gehen sogar quantitativ zurück und könnten insoweit Abhängigkeit vermindern. Und die wachsenden Kredite

Tabelle 6: Gesamtwirtschaftliche Arbeitseinkommen¹⁾ – Deutschland, West- und Ostdeutschland –

Jahr	Deutschland				Westdeutschland				Ostdeutschland					
	Bruttolöhne und -gehälter		Lohnsteuer	Sozialabgaben	Nettolöhne und -gehälter		Bruttolöhne und -gehälter		Preissteigerung ⁴⁾	Tarifierhöhung	Bruttolöhne und -gehälter		Preissteigerung ⁴⁾	Tarifierhöhung
	DM ²⁾	% ²⁾	% ³⁾	% ³⁾	DM	% ²⁾	DM	% ²⁾	% ²⁾	% ²⁾	DM	% ²⁾	% ²⁾	% ²⁾
1997	3 983	+ 0,3	19,5	16,6	2.543	+ 0,2	4 151	+ 0,6	+ 1,8	+ 1,4	3 144	+ 1,2	+ 0,2	+ 2,7
1998	4 023	+ 1,0	19,5	16,6	2 573	+ 1,2	4 190	+ 0,9	+ 0,9	+ 1,7	3 181	+ 1,2	+ 0,9	+ 2,5
1999	4 081	+ 1,4	19,5	16,3	2 619	+ 1,8	4 233	+ 1,0	+ 0,7	+ 2,9	3 247	+ 2,1	+ 0,4	+ 3,4
2000	4 144	+ 1,5	19,4	16,1	2 675	+ 2,1	4 291	+ 1,4	+ 1,7	+ 2,4	3 297	+ 1,5	+ 1,7	+ 2,3
2001 1. Hj.	4 002	+ 2,2	19,4	16,4	2 597	+ 3,2	–	–	+ 2,6	+ 2,0 ⁵⁾	–	–	+ 2,9	+ 2,4 ⁵⁾

1) Pro Kopf und Monat der beschäftigten Arbeitnehmer (Inlandskonzept). Für Deutschland Rechenstand August 2001 (insbesondere einschließlich erhöhte Zahl der geringfügig Beschäftigten). Für West und Ost, Rechenstand März 2001, inzwischen auch einschließlich erhöhter Zahl der geringfügig Beschäftigten), Westdeutschland einschließlich Ostberlin. Ostdeutschland ohne Ostberlin. – 2) Veränderung gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Die Tarifierhöhungen sind Angaben des WSI-Tarifarchivs. – 3) Anteil der Lohnsteuern bzw. der Sozialabgaben an den durchschnittlichen Bruttolöhnen und -gehältern. 4) Preisindex für die Lebenshaltung eines 4-Personen-Haushalts von Arbeitern und Angestellten mit mittleren Einkommen in Westdeutschland bzw. Ostdeutschland. – 5) Die Tarifierhöhung im 1. Halbjahr entspricht erfahrungsgemäß weitgehend der Veränderung auf Jahresbasis, da die meisten Tarifverträge im 1. Halbjahr abgeschlossen werden.

Quelle: Statistisches Bundesamt (Fachserie 18). – VGR-Arbeitskreis der Statistischen Landesämter. – Berechnungen des WSI

WSI Hans Böckler Stiftung

von anderen Unternehmen, besonders ausländischen, erzeugen unter Umständen mehr absichernde Verflechtung im Rahmen einer auch zunehmend internationalen Konzentration. Immerhin spricht auch die *Bundesbank* inzwischen angesichts solcher Entwicklungen von einem „Wandel in den Anlage- und Finanzierungsgewohnheiten“ der Produktionsunternehmen (2001, S. 24). Auch wenn man daraus eine Tendenz von der „Deutschland-AG“ zur „Globalisierungs-AG“ ableiten müsste – die gute Lage der Produktionsunternehmen in Deutschland bliebe unbestreitbar.⁵

Zur ökonomischen Lage der ArbeitnehmerInnen bzw. ihren Arbeitseinkommen ist dagegen nichts vergleichbar Gutes zu berichten. Das gilt vor allem im langfristigen Vergleich mit den Gewinn- und Kapitaleinkommen, der kürzlich erst wieder an anderer Stelle unternommen wurde (DGB 2001). Das trifft aber auch für die jüngste Entwicklung wieder zu (*Tabelle 6*).⁶ Für Deutschland beträgt der Nettozuwachs der durchschnittlichen Arbeitseinkommen 2000 2,1 %, wegen der leichten Entlastungen bei der Lohnsteuer 0,6 Prozentpunkte mehr als Brutto. Real ist dies jedoch angesichts der Preissteigerung in 2000 marginal mehr als Null. Jeweils für Ost und West sieht das nicht viel anders aus.

Hilfreicher als die VGR sind in diesem Zusammenhang schon die vom Statistischen Bundesamt definierten Arbeitnehmertypen für drei private Haushaltssituationen in Ost und West, die modellhaft den Einfluss der Abgabenbelastung und zusätzlich auch des Kindergeldes auf die durchschnittlichen Arbeitseinkommen wie das Haushaltseinkommen netto und real darstellen (Hake/Kaukewitsch 2001, S. 398 f.):

Danach wirkt sich in Westdeutschland 2000 die Erhöhung des Kindergeldes je nach Arbeitnehmertyp doppelt bis dreifach so günstig aus wie die in Kraft getretenen Steuerentlastungen bei Existenzminimum und Eingangssteuersatz. Die reale Veränderung des Nettoarbeitseinkommens gegenüber 1999 bewegt sich zwischen plus 0,6 % beim alleinstehenden Angestellten bis zu 3,7 % beim Arbeiter mit nicht-erwerbstätiger Ehefrau und zwei Kindern. In Ostdeutschland ist der Einfluss der Faktoren Abgaben und Kindergeld genau umgekehrt, weil sich wegen der deutlich niedrigeren Ostverdienste die Steuerentlastungen von Existenzminimum und Eingangssteuersatz kräftiger auswirken. Hier reicht die reale Veränderung des Netto-Arbeitseinkommens von plus 3,4 beim Arbeiter mit nicht-erwerbstätiger Ehefrau und zwei Kindern bis zu plus 6,1 % beim alleinstehenden Angestellten.

Mit diesen Modellrechnungen wird aber schon eine erste Brücke geschlagen zu einer differenzierenden Bestandsaufnahme von Löhnen und letztlich auch von individuellen Arbeitseinkommen im Verbund des Haushaltseinkommens, die Gegenstand der folgenden Abschnitte sind.

2 Individuelle Arbeitseinkommen

Für eine genauere Darstellung von individuellen Arbeitseinkommen müssen Datenquellen herangezogen werden, die im Gegensatz zur Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung einzelne Beschäftigungs-

verhältnisse und die damit verbundenen effektiven Einkommen unterscheiden können. Das gilt insbesondere für die Vollzeitbeschäftigung, die nach wie vor den größten Anteil unter allen Beschäftigungsverhältnissen aufweist und u.a. deshalb mit ihrem Kranz an verbundenen Arbeitsbedingungen einschließlich der Arbeitseinkommen auch Referenzgröße für andere Beschäftigungsverhältnisse ist. Bezugs- und Orientierungsgröße für viele Politikbereiche von der Wirtschafts- bis zur Tarifpolitik ist das Vollzeitverhältnis ohnehin. Zu effektiven Einkommen aus Vollzeitarbeit werden im WSI-Verteilungsbericht die Verdienststatistik des Statistischen Bundesamtes wegen ihrer Aktualität und seit einiger Zeit auch die Beschäftigtenstichprobe des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) wegen ihrer Genauigkeit wie ihrer Möglichkeit herangezogen,⁷ Vollzeiteinkommen und ihre BezieherInnen nach verschiedenen Merkmalen zu differenzieren.

⁵ Die gute Lage gilt wie immer im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt. In einzelnen Branchen gibt es durchaus Abweichungen von dieser Lage, wie die *Deutsche Bundesbank* 2000b zeigt.

⁶ Die gesamtwirtschaftlichen Arbeitseinkommen sind nur bedingt aussagefähig, z.B. weil nach wie vor erhebliche Ost-West-Unterschiede bestehen, weil die Statistischen Ämter nicht mehr für Ost und West getrennte Lohnsteuern und Sozialversicherungsabgaben ausweisen und deswegen auch keine getrennte Reallohnsteigerung mehr berechnet werden kann, nicht zuletzt weil die gesamtwirtschaftlichen Arbeitseinkommen sich auf alle heterogenen und zudem auf Ost und West unterschiedlich verteilten Beschäftigungsverhältnisse beziehen.

⁷ Zu tariflichen Einkommen siehe die regelmäßigen Berichte des WSI-Tarifarchivs auch unter www.wsi.de.

Tabelle 7: Entwicklung der effektiven Arbeitseinkommen von ganzjährig Vollzeitbeschäftigten in Industrie, Handel¹⁾, Kreditinstituten¹⁾, Versicherungsgewerbe¹⁾ – Ergebnisse der Verdienststatistik in DM/Monat und %²⁾ –

Wirtschaftsbereich Geschlecht	1991		1993		1996		1998		1999		2000					
	JD ⁵⁾	Ost	West	Ost												
Industrie ³⁾	3 672	50,3	3 952	70,8	4 330	75,4	4 488	75,7	4 598	75,7	4 577	73,8	4 711	73,1	5 190	70,4
– Männer	3 867	49,7	4 140	59,8	4 519	74,4	4 674	74,9	4 783	74,9	4 748	73,5	4 888	72,9	5 378	70,4
– Frauen	2 737	54,1	2 946	72,0	3 268	79,6	3 403	81,2	3 507	81,0	3 503	76,4	3 601	76,6	3 960	74,6
darunter: Hoch- und Tiefbau ⁴⁾	3 802	63,4	4 175	76,0	4 436	76,4	4 468	75,8	4 611	74,3	4 562	74,3	4 614	73,7	4 840	71,8
Angestellte																
Industrie ³⁾ sowie Handel, Kredit- und Versicherungs- gewerbe	4 651	44,8	5 102	65,1	5 481	72,8	5 721	74,2	5 889	74,2	5 851	76,1	6 022	75,9	6 843	72,5
Industrie ³⁾	5 278	41,6	5 774	60,0	6 357	72,8	6 596	74,5	6 772	74,4	6 678	73,5	6 858	73,4	7 712	69,9
– Männer	5 788	42,1	6 309	61,7	6 920	75,0	7 142	76,8	7 322	77,0	7 249	76,4	7 438	76,3	8 353	72,9
– Frauen	3 884	49,0	4 292	68,4	4 784	81,0	5 028	81,9	5 188	81,5	5 104	79,2	5 262	78,6	5 849	75,6
darunter: Hoch- und Tiefbau ⁴⁾	5 263	54,2	5 754	70,3	6 225	77,6	6 391	77,2	6 558	76,3	6 318	74,8	6 498	73,5	6 912	69,6
Handel, Kredit- u. Kreditversiche- rungsgewerbe	3 892	46,7	4 398	68,2	4 666	73,6	4 892	74,6	5 044	75,8	5 050	75,8	5 190	76,3	5 944	73,7
– Männer	4 548	44,5	5 120	67,2	5 307	71,6	5 506	73,3	5 670	73,6	5 672	73,7	5 812	74,3	6 689	70,6
– Frauen	3 220	55,2	3 647	79,0	3 973	81,4	4 184	83,6	4 311	83,8	4 318	83,7	4 450	83,9	5 028	83,0
Arbeiter und Angestellte zusammen																
Industrie ⁴⁾	4 168	47,1	4 550	65,7	5 035	72,5	5 236	73,2	5 377	73,1	5 295	71,3	5 451	70,8	6 071	67,8
darunter: Hoch- und Tiefbau ⁴⁾	4 045	61,8	4 438	74,4	4 757	76,1	4 841	75,5	4 986	74,4	4 889	73,7	4 959	73,2	5 233	71,1

1) Nur Angestellte. – 2) Ostverdienste in % der Westverdienste. – 3) Einschließlich Hoch- und Tiefbau, letzterer mit Handwerk; ab 1996 bezeichnet mit „Produzierendes Gewerbe“. – 4) Mit Handwerk, ab 1996 ohne Handwerk. – 5) Jahresdurchschnitt. – 6) Ab 1996 nicht mehr ausgewiesen. – 7) Ab 1996 einschließlich Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern. – 8) Ergebnisse nach dem ab 2000 eingeführten neuen Berichtskreis der Verdienststatistik (für 1999 zu Vergleichszwecken vom Statistischen Bundesamt geschätzt). – 9) Für 2000 nachrichtlich: einschließlich Sonderzahlungen, vorläufige Ergebnisse: West ohne Westberlin und Ost ohne Ostberlin.

Quelle: Statistisches Bundesamt (Fachserie 16 – Verdienststatistik). – Berechnungen des WSI

WSI Hans Böckler
Stiftung

2.1 ABSOLUTE LOHNPOSITIONEN

Die Verdienststatistik eignet sich trotz ihrer begrenzten Aussagefähigkeit⁸⁾ zur Darstellung absoluter Lohnpositionen in den Wirtschaftsbereichen wie auch zum Ost-West-Vergleich von ganzjährig Vollzeitbeschäftigten – also zum Kern des Normalarbeitsverhältnisses. Ihre letzten Ergebnisse (in *Tabelle 7*) liefern gerade zum Anpassungsprozess der ostdeutschen Löhne an das westdeutsche Lohnniveau, das aktuell im Vorfeld der nächsten Lohnrunde wieder Gegenstand beschäftigungspolitischer Debatten wird, „unangenehme“ Details über Lohnniveau und -wachstum: Der Anpassungsprozess stagniert nicht mehr wie seit Jahren schon, es gibt in letzter Zeit sogar wieder eine leichte Vergrößerung der bestehenden Lohnlücke im Osten. Der Anteil der ostdeutschen Löhne am westdeutschen Lohnniveau von allen Arbeitnehmerinnen in der Industrie bzw. im produzierenden Gewerbe ist von 71,3 % in 1999 auf 70,8 % in 2000 gesunken. Zugleich scheinen Anpassungsentwicklung und erreichtes Anpassungsniveau schon vorher im Rahmen

der Verdienststatistik leicht überschätzt worden zu sein, wie die in 2000 erfolgte Umstellung des Berichtskreises auch ostdeutscher Betriebe auf eine repräsentativere Betriebsauswahl zeigt. Bei der Gegenüberstellung der Ergebnisse von altem und neuem Berichtskreis für das Jahr 1999, die das Statistische Bundesamt selbst vorgenommen hat und hier in *Tabelle 7* übernommen wurde, ergeben sich für etliche Wirtschaftsbereiche allein durch den Berichtskreiswechsel leichte Senkungen des Verdienstniveaus und des Ost-West-Anpassungsniveaus, für letzteres in der Industrie z.B. von 73,1 % auf 71,3 %.⁹⁾ Bei Einschluss der Jahressonderzahlungen in die Arbeitsverdienste, die in *Tabelle 7* nur für das Jahr 2000 ausgewiesen sind, vermindert sich das ostdeutschen Anpassungsniveau noch einmal leicht, weil viele Sonderzahlungen im Osten noch nicht oder nicht im selben Ausmaß wie im Westen gewährt werden. Berücksichtigt man schließlich, dass in Ostdeutschland im Durchschnitt rund vier Stunden pro Woche länger gearbeitet wird als im Westen, so ergibt sich auf Basis der entsprechenden ost- und west-

deutschen Stundenlöhne in der ganzjährigen Vollzeit nur noch ein ostdeutsches Anpassungsniveau von rund 62 %.¹⁰⁾

Doch selbst dies ist immer noch eine Überschätzung des Anpassungsniveaus, wie die Ergebnisse der IAB-Beschäftigtenstichprobe für ebenfalls ganzjährig Vollzeitbeschäftigte belegen (*Tabelle 8*). Die Ergebnisse liegen zwar bisher zuletzt nur für das Jahr 1997 vor, dürften aber wegen der aus der Verdienststatistik und anderen Quellen verfügbaren Informationen über die seit 1996 stockende Anpassung in Ostdeutschland auch heute noch im Wesentlichen Bestand haben – nicht zuletzt weil die Einkommensangaben auf obligatorische Arbeitgebermeldungen an die Sozial-

8) Sie deckt u.a. nur einige Wirtschaftsbereiche ab und informiert auch nicht auf Basis individueller Arbeitseinkommen, sondern über aus Lohnsummen und Teilsummen ermittelte Einkommen pro Kopf der zugehörigen Beschäftigten, die von ausgewählten Betrieben gemeldet werden.

9) Siehe dazu und zu weiteren Ergebnissen der Verdienststatistik Hake/Kaukewitsch 2001.

10) Siehe dazu auch Görzig/Gornig 2001, 271 f.

Tabelle 8: Effektive Arbeitseinkommen¹⁾ von ganzjährig Vollzeitbeschäftigten 1997 in der Gesamtwirtschaft – Ergebnisse der IAB-Beschäftigtenstichprobe in DM/Monat und % –

Betriebliche und persönliche Merkmale der Beschäftigten	Westdeutschland						Ostdeutschland					
	Gesamt		Männer		Frauen		Gesamt		Männer		Frauen	
	Anzahl ²⁾	Arbeits-eink. ¹⁾ in DM	Anzahl ²⁾	Arbeits-eink. ¹⁾ in DM	Anzahl ²⁾	Arbeits-eink. ¹⁾ in DM	Anzahl ²⁾	Arbeits-eink. in % d. Westens ¹⁾	Anzahl ²⁾	Arbeits-eink. in % d. Westens ¹⁾	Anzahl	Arbeits-eink. in % d. Westens ¹⁾
Wirtschaftszweig												
Primärer Sektor (i. w. Landwirtschaft)	1 024	3 715	762	3 974	262	2 962	1 076	78,1	722	77,0	354	87,0
Energie u. Wasser	2 064	6 634	1 809	6 827	255	5 266	594	73,5	432	73,1	162	86,9
Bergbau	993	5 696	955	5 696	38	5 697	203	92,4	168	95,0	35	80,0
Verarb. Gewerbe	54 089	5 454	43 315	5 787	10 774	4 112	6 757	64,8	4 888	64,9	1 869	71,6
Grund- und Produktionsgüter	9 897	5 765	8 332	5 925	1 565	4 909	1 229	66,1	964	65,4	265	72,6
Investitionsgüter	29 908	5 744	24 885	6 014	5 023	4 409	3 326	66,2	2 662	65,3	664	75,1
Verbrauchsgüter	9 920	4 752	7 306	5 137	2 614	3 676	1 339	64,9	853	64,6	486	72,7
Nahrungs- und Genussgüter	4 364	4 350	2 792	5 057	1 572	3 094	863	64,5	409	65,7	454	75,6
Hoch- und Tiefbau	9 843	4 846	8 934	4 965	909	3 678	4 692	71,9	4 205	70,8	487	87,2
Handel (inkl. Handelsvermittlung)	18 777	4 748	11 588	5 418	7 189	3 669	3 114	70,8	1 659	70,7	1 455	77,1
Großhandel	7 667	5 238	5 665	5 648	2 002	4 079	987	68,8	671	68,2	316	75,2
Einzelhandel	9 306	4 134	4 630	4 871	4 676	3 405	1 766	73,9	756	73,1	1 010	78,6
Verkehr u. Nachrichten	7 320	4 841	5 963	4 993	1 357	4 176	2 434	78,7	1 798	76,4	636	91,0
Kredit- u. Versicherungswesen	17 257	5 853	10 312	6 647	6 945	4 673	3 283	68,8	1 664	62,9	1 619	82,6
Kreditwesen	4 858	6 427	2 773	7 287	2 085	5 284	606	75,0	148	70,6	458	89,2
Versicherungswesen	2 008	6 709	1 250	7 462	758	5 466	186	77,0	79	75,3	107	88,3
Weitere wirtschaftsbezogene Dienstleistungen	10 391	5 419	6 289	6 203	4 102	4 217	2 491	69,1	1 437	64,6	1 054	80,5
Vorwiegend haushaltsbez. Dienstleistungen	5 161	3 943	2 342	4 879	2 819	3 165	1 187	72,8	424	74,7	763	77,1
Vorwiegend gesellschaftsbez. Dienstleistungen	16 847	4 718	6 314	5 666	10 533	4 149	5 114	85,8	1 627	79,6	3 487	92,4
Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	8 135	4 937	5 040	5 237	3 095	4 449	3 717	84,9	1 284	83,6	2 433	92,0
Gesamtwirtschaft 1997	141 511	5 169	97 334	5 656	44 177	4 094	32 177	72,1	18 873	68,5	13 304	86,0
Nachr. zum Vergleich: Gesamtwirtschaft 1993	154 070	54 846	107 155	4 958	46 915	3 685	36 801	68,2	21 980	64,9	14 821	80,5
Status												
Arbeiter/in	84 797	4 834	69 349	5 120	15 448	3 553	17 198	68,4	13 290	68,0	3 908	76,8
Angestellte/r	56 701	5 669	27 979	6 987	28 722	4 386	14 969	74,3	5 577	68,9	9 392	87,8
Gesamtwirtschaft 1997	141 511	5 169	97 334	5 656	44 177	4 094	32 177	72,1	18 873	68,5	13 304	86,0
Altersklassen												
unter 20 Jahre	555	2 415	266	2 554	289	2 288	98	72,0	61	72,9	37	67,1
20 bis unter 25	8 971	3 390	4 119	3 650	4 852	3 169	1 673	75,0	910	71,3	763	77,9
25 bis unter 30	20 250	4 303	11 679	4 584	8 571	3 920	3 292	76,4	1 975	73,9	1 317	80,0
30 bis unter 35	24 620	5 076	17 232	5 389	7 388	4 347	4 847	71,7	2 981	70,3	1 866	78,3
35 bis unter 40	21 729	5 438	16 076	5 838	5 653	4 300	5 345	69,3	3 146	66,6	2 199	83,5
40 bis unter 45	18 421	5 589	13 205	6 082	5 216	4 342	5 184	69,6	2 907	65,7	2 277	86,8
45 bis unter 50	17 050	5 634	12 151	6 162	4 899	4 324	4 534	69,6	2 529	65,9	2 005	86,6
50 bis unter 55	13 440	5 744	9 855	6 273	3 585	4 290	3 355	69,9	1 929	67,3	1 426	87,1
55 bis unter 60	12 921	5 647	9 697	6 129	3 224	4 198	3 421	69,5	2 078	67,3	1 343	86,1
über 60 Jahre	3 554	5 690	3 054	5 942	500	4 150	428	85,8	357	84,6	71	100,3
Gesamtwirtschaft 1997	141 511	5 169	97 334	5 656	44 177	4 094	32 177	72,1	18 873	68,5	13 304	86,0

versicherung über die individuell gezahlten effektiven Arbeitseinkommen von sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten zurückgehen. Danach beträgt – auch ohne Berücksichtigung der unterschiedlichen Arbeitszeiten in Ost und West – das Ost-Lohnniveau in der Industrie bzw. im Ver-

arbeitenden Gewerbe im Durchschnitt nur 64,8 % (siehe Zeile 4 von *Tabelle 8* im Merkmals-Abschnitt „Wirtschaftszweig“). Mit Berücksichtigung der unterschiedlichen Arbeitszeiten dürfte der ostdeutsche Stundensatz im industriellen Bereich sogar noch unter 60 % liegen. Dabei ist zu be-

denken, dass die Ergebnisse der Beschäftigtenstichprobe die Jahressonderzahlungen einschließen.¹¹

¹¹ Auch Arbeitseinkommen über der Beitragsbemessungsgrenze sind in *Tabelle 8* eingerechnet, soweit

noch Tabelle 8: Effektive Arbeitseinkommen¹⁾ von ganzjährig Vollzeitbeschäftigten 1997 in der Gesamtwirtschaft – Ergebnisse der IAB-Beschäftigtenstichprobe in DM/Monat und % –

Betriebliche und persönliche Merkmale der Beschäftigten	Westdeutschland						Ostdeutschland					
	Gesamt		Männer		Frauen		Gesamt		Männer		Frauen	
	Anzahl ²⁾	Arbeits-eink. ¹⁾ in DM	Anzahl ²⁾	Arbeits-eink. ¹⁾ in DM	Anzahl ²⁾	Arbeits-eink. ¹⁾ in DM	Anzahl ²⁾	Arbeits-eink. in % d. Westens ¹⁾	Anzahl ²⁾	Arbeits-eink. in % d. Westens ¹⁾	Anzahl	Arbeits-eink. in % d. Westens ¹⁾
Tätigkeiten												
Agrarberufe, einf. manuelle Berufe	24 267	4 496	19 787	4 751	4 480	3 368	4 722	71,0	3 741	70,9	981	74,6
Qualifizierte manuelle Berufe	26 397	4 770	24 592	4 873	1 805	3 361	6 430	68,4	5 835	68,3	595	78,0
Techniker, Ingenieure	14 904	7 122	12 688	7 526	2 216	4 805	2 641	68,1	1 860	69,4	781	82,3
Einf. Dienste, einf. kaufm. Tätigkeiten	26 029	4 349	16 828	4 790	9 201	3 543	5 617	71,9	3 432	71,4	2 185	75,3
Qualif. Dienste, kaufm. u. Verwaltungsberufe	36 592	5 309	16 667	6 575	19 925	4 250	7 992	73,4	2 180	70,2	5 812	85,3
Semiprofessionen, Professionen, Manager	12 945	6 241	6 478	7 621	6 467	4 859	4 550	76,3	1 667	70,8	2 883	90,5
Tätigkeit unbekannt	377	5 309	294	5 556	83	4 431	225	63,0	158	65,6	67	59,4
Gesamtwirtschaft 1997	141 511	5 169	97 334	5 656	44 177	4 094	32 177	72,1	18 873	68,5	13 304	86,0
Bildung												
ohne Berufsausbildung, ohne Abitur	19 555	4 163	13 061	4 476	6 494	3 534	1 118	72,1	665	72,2	453	75,4
mit Berufsausbildung, ohne Abitur	95 158	5 073	65 396	5 530	29 762	4 067	23 164	68,4	13 555	64,4	9 609	82,2
ohne Berufsausbildung, mit Abitur	979	5 899	604	6 442	375	5 024	60	78,0	39	77,6	21	76,7
mit Berufsausbildung, mit Abitur	5 574	5 928	3 122	6 768	2 452	4 859	1 011	75,7	481	71,7	530	85,6
Fachhochschulabschluss	5 027	7 951	4 208	8 358	819	5 859	1 670	64,0	932	65,3	738	79,0
Hochschulabschluss	5 671	8 251	4 501	8 710	1 170	6 485	2 363	68,5	1 438	67,5	925	81,6
Ausbildung unbekannt	9 547	4 373	6 442	4 817	3 105	3 450	2 791	78,3	1 763	77,8	1 028	83,0
Gesamtwirtschaft 1997	141 511	5 169	97 334	5 656	44 177	4 094	32 177	72,1	18 873	68,5	13 304	86,0
Betriebsgröße												
bis 9 Beschäftigte	20 126	3 868	11 004	4 509	9 122	3 095	5 268	76,2	2 752	73,5	2 516	82,2
10 bis 19	12 309	4 559	8 120	5 040	4 189	3 626	3 495	73,0	2 265	69,5	1 230	82,9
20 bis 49	18 536	4 865	13 127	5 250	5 409	3 932	5 605	73,0	3 723	69,4	1 882	85,7
50 bis 99	15 509	5 107	10 828	5 519	4 681	4 152	4 391	73,4	2 797	69,4	1 594	86,8
100 bis 249	20 537	5 323	14 593	5 730	5 944	4 322	4 729	73,6	2 867	70,7	1 862	86,0
250 bis 499	15 358	5 522	10 773	5 934	4 585	4 554	2 810	75,6	1 555	73,3	1 255	87,0
500 bis 999	12 863	5 687	9 097	6 093	3 766	4 707	2 253	77,2	1 163	74,9	1 090	89,3
1 000 und mehr Beschäftigte	24 915	6 178	18 843	6 531	6 072	5 081	3 071	75,0	1 385	73,9	1 686	88,1
Betriebsgröße unbekannt	1 358	5 076	949	5 574	409	3 921	555	73,4	366	69,3	189	88,2
Gesamtwirtschaft 1997	141 511	5 169	97 334	5 656	44 177	4 094	32 177	72,1	18 873	68,5	13 304	86,0

1) Jahreseinkommen gezwölftelt; arithmetisches Mittel sozialversicherungspflichtiger Arbeitseinkommen von ganzjährigen Vollzeitbeschäftigten (einschließlich solcher über der Beitragsbemessungsgrenze der Rentenversicherung, die mittels EVS-Angaben aus 1993 und 1998 hinzugeschätzt wurden). – 2) Absolute Anzahl der Einkommensbezieher in der 1-%-Stichprobe. D. h. zur Abbildung der Realität sind die Angaben mit 100 zu multiplizieren.

Quelle: IAB-Beschäftigtenstichprobe – Berechnungen im Auftrag des WSI

WSI Hans Böckler Stiftung

Auch für die anderen drei Wirtschaftsbereiche Handel, Banken und Versicherungen, über die die Verdienststatistik berichtet, belegt die IAB-Beschäftigtenstichprobe einen im Durchschnitt um mehrere Prozentpunkte niedrigeren Lohnanteil des Ostens am Westniveau: beim Handel 70,8 % und bei Banken sowie Versicherungen 68,8 %. Darüber hinaus kann die Beschäftigtenstichprobe aber noch weitere Wirtschaftsbereiche mit sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten und in der

Summe schließlich die Gesamtwirtschaft einschließlich des öffentlichen Dienstes (aber ohne Beamte) abbilden. Für den öffentlichen Dienst zeigt sich, dass dort die Verdienstanpassung mit 85 % am weitesten fortgeschritten ist.¹² Aber selbst diese mit zahlreichen Beschäftigten besetzten Bereiche können das gesamtwirtschaftliche Lohnniveau in Ostdeutschland im Schnitt nur auf 72,1 % des westdeutschen Niveaus heben. Und der gesamte Anpassungsfortschritt auf der gesamtwirtschaftlichen Ebene

sie für die Zwecke des WSI-Verteilungsberichts mit Hilfe der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) für Ost- und Westdeutschland zu den Einkommensdaten der Beschäftigtenstichprobe hinzugefügt werden konnten; in den Arbeitgebermeldungen bzw. der Beschäftigtenstichprobe selbst sind Verdienste über der Beitragsbemessungsgrenze an dieser Grenze „abgeschnitten“.

¹² Siehe in *Tabelle 8* im Merkmals-Abschnitt „Wirtschaftszweig“ die Bereiche „Vorwiegend gesellschaftsbezogene Dienstleistungen“ wie Bildung, Wissenschaft und ähnliches sowie „Gebietskörperschaften, Sozialversicherung“ mit der staatlichen Verwaltung im engeren Sinn.

Tabelle 9: Verteilung von Vollzeitbeschäftigten auf relative Lohnpositionen¹⁾ 1975, 1986 und 1997 – West- und Ostdeutschland –

Position der Arbeits-einkommen von ... bis unter ... bis unter ... % ¹⁾	1975 West			1986 West			1997 West			1997 Ost		
	Anteile ²⁾ in der jew. Position in %	Anteile ²⁾ kumuliert in %	Anteile zus.-gefasst ³⁾ in %	Anteile in der jew. Position in %	Anteile kumuliert in %	Anteile zus.-gefasst in %	Anteile in der jew. Position in %	Anteile kumuliert in %	Anteile zus.-gefasst in %	Anteile in der jew. Position in %	Anteile kumuliert in %	Anteile zus.-gefasst in %
0–20	0,3	0,3	29,7	1,0	1,0	34,8	0,4	0,4	35,5	0,3	0,3	35,6
20–25	0,8	1,1		0,8	1,8		1,0	1,4		0,5	0,8	
25–50	9,4	10,5		9,7	11,5		10,1	11,5		8,7	9,5	
50–68	11,8	22,3		14,3	25,8		15,6	27,1		17,2	26,7	
68–75	7,4	29,7		9,0	34,8		8,4	35,5		8,9	35,6	
75–100	34,0	63,7	56,1	31,7	66,5	49,1	31,8	67,3	47,9	28,5	64,1	49,2
100–125	22,1	85,8		17,5	83,9		16,1	83,4		18,5	82,6	
125–130	3,3	89,1	14,2	2,0	85,9	16,1	2,0	85,4	16,6	2,2	84,8	15,3
130 u. mehr	10,9	100,0		14,1	100,0		14,7	100,0		15,4	100,0	

1) Die Grenzen der Einkommenspositionen sind definiert als %-Anteile vom effektiven Vollzeit-Durchschnittseinkommen; letzteres ist berechnet von allen in sozialversicherungspflichtiger Vollzeit ganzjährig beschäftigten Deutschen (Männer und Frauen zusammen); Einkommensdaten bis zur Beitragsbemessungsgrenze der gesetzlichen Rentenversicherung aus der Beschäftigtenstichprobe, ab dieser Grenze aus der EVS, West und Ost getrennt berechnet. – 2) Anzahl der Beschäftigten in der jeweiligen Einkommensposition bzw. in den angegebenen Einkommensgrößenklassen in % aller Vollzeitbeschäftigten. – 3) Einkommen zwischen der Position 0 und 75 % des Einkommensdurchschnitts: Niedriglöhne (bis unter 50 % „Armutslöhne“, zwischen 50 und 75 % „prekäre“ Einkommen); zwischen 70 und 125 %: „Mittelstands“-Löhne; über 125 %: „höhere“ Löhne.

Quelle: Beschäftigtenstichprobe des IAB. – Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS). – Berechnungen des WSI

WSI Hans Böckler Stiftung

ne seit 1993, als das ostdeutsche Lohnniveau insgesamt 68,2 % betrug, kann nur bescheiden genannt werden. Auch hierbei sind die unterschiedlichen Arbeitszeiten in Ost und West noch nicht berücksichtigt.

Die Ergebnisse der Beschäftigtenstichprobe zu weiteren Verdienstmerkmalen der ganzjährig Vollzeitbeschäftigten in *Tabelle 8* sollen hier nur cursorisch erwähnt werden: Die Verdienstunterschiede zwischen den Geschlechtern sind nach wie vor erheblich, insbesondere zwischen Frauen und Männern in Westdeutschland. Darauf hat der letztjährige WSI-Verteilungsbericht schon hingewiesen und inzwischen noch detaillierter ein vom WSI und anderen Forschungsstellen im Auftrag der Bundesregierung erstellter Bericht, der in Kürze dem Bundestag und auch der Öffentlichkeit zugehen wird (WSI/INIFES/Tondorf 2001). Die Verdienstunterschiede nach Altersklassen vermitteln z.B., dass die Einkommenslücke des Ostens im Wesentlichen auf die zahlenmäßig starken mittleren Altersjahrgänge zurückgeht, während jüngere Jahrgänge schon etwas besser bezahlt werden. Die Ergebnisse zum Merkmal „Betriebsgröße“ ziehen in besonderer Weise die These in Zweifel, dass niedrige Löhne mehr Beschäftigung schaffen. Denn in der Betriebsgröße bis neun Beschäftigte, in der im Osten in den letzten Jahren die meisten neuen Arbeitsplätze entstanden sind, ist die Anpassung der ostdeutschen Löhne an das westdeutschen Lohnniveau in der entsprechenden Betriebsgröße besonders weit

fortgeschritten.¹³ Nur in der Betriebsgröße 500–999 Beschäftigte ist das relative ostdeutsche Lohnniveau mit 77,2 % des Westens noch etwas höher. Ein viel größerer Beleg für die zweifelhafte Gleichung „Niedrigere Löhne – mehr Beschäftigung“ ist jedoch die Lohnlücke im Osten generell von rund einem Drittel gegenüber dem Westen, die seit vielen Jahren bis heute besteht und trotzdem kein ostdeutsches „Beschäftigungswunder“ erzeugt hat, wie es die Verfechter der oben genannten Gleichung in Aussicht stellen. Ostdeutschland kann demnach als großer zusammenhängender Niedriglohn-Sektor bezeichnet werden.

2.2 RELATIVE LOHNPOSITIONEN

Aber das ist unter anderen als regionalen Gesichtspunkten nicht der einzige Niedriglohnbereich in Deutschland, wie weitere Ergebnisse der Beschäftigtenstichprobe zeigen. Relative Lohnpositionen veranschaulichen die Verdienststreuung hinter den absoluten Verdienstdurchschnitten und in diesem Rahmen auch Niedriglöhne in ihren zwei Ausprägungen: prekäre Verdienste wie Armutsverdienste innerhalb der Vollzeitbeschäftigung. Vergleichbare Ergebnisse wurden hier früher schon auf Basis einer älteren IAB-Beschäftigtenstichprobe für die Jahre 1975, 1986 und 1995 publiziert (Schäfer 1998, S. 683); sie sind jetzt aktualisiert für 1997 und umfassen erstmals auch die Lohnstreuung in Ostdeutschland (*Tabelle 9*). Von den verschiede-

nen Darstellungsmöglichkeiten der Lohnstreuung wird hier die der Einkommensvielfachen gewählt;¹⁴ die Vollzeitbeschäftigten werden in Einkommensgrößenklassen eingeteilt, deren Grenzen Bruchteile bzw. Vielfache eines Verdienstdurchschnitts als Referenzeinkommen sind. Letzteres ist hier wie früher das arithmetische Mittel des effektiven Arbeitsverdienstes aller ganzjährig Vollzeitbeschäftigten Deutschen als Kern und Norm des sogenannten Normalarbeitsverhältnisses.

Diese Norm impliziert eine kontinuierliche, also auch von Arbeitslosigkeit freie Beschäftigung, und ebenso eine entsprechend angemessene Bezahlung, die insbesondere nicht durch Einkommensnachteile wegen einer unterjährigen Beschäftigung oder wegen der Zugehörigkeit zu einer anderen Nationalität ausgezeichnet wird. Einkommensbestandteile von abhängig Beschäftigten oberhalb der Beitragsbemessungsgrenze der gesetzlichen Rentenversicherung, die wie erwähnt in der Beschäftigtenstatistik bzw. den zugrunde liegenden Arbeitgebermeldungen weggelassen werden, sind hier ebenfalls mit Hilfe von Angaben der EVS zu entsprechenden sozialversicherungspflichtigen Verdiensten auf-

¹³ Darauf hat auch schon das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) auf Basis früherer Verdienstdaten hingewiesen; siehe Görzig/Gornig 2001.

¹⁴ Zu anderen Möglichkeiten mit Dezilen und zur Bewertung der Alternativen siehe Schäfer 2000b.

gestockt worden. Aber auch die EVS erfasst ganz hohe Verdienste nur teilweise, insbesondere solche von abhängig beschäftigten Managern, so dass selbst der aufgestockte Einkommensdurchschnitt den wahren Durchschnitt noch unterschätzt. Einbezogen in die Messung der Einkommensstreuung werden aber alle Vollzeitbeschäftigten, also nicht nur die ganzjährig Beschäftigten und auch nicht nur deutsche Beschäftigte. Die Einordnung ihrer Verdienste in die von *Tabelle 9* genannten Einkommensgrößenklassen erfolgt auf Basis von durchschnittlichen Tagesverdiensten, die aus dem individuellen Arbeitsentgelt im Verlauf eines Jahres und der individuell zugehörigen Beschäftigungsdauer ermittelt wurden, um Verzerrungen durch unterjährige Beschäftigungsdauer beim Vergleich mit ganzjähriger Beschäftigung zu vermeiden. Maßstäbe und Bezugsrahmen der Streuungsmessung sind also in jedem Fall Vollzeitbeschäftigte (zur Begründung s. Schäfer 2000b und Schäfer 1997).

Dieses Vorgehen unterscheidet sich erheblich von der im Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung genutzten Messung der Verdienststreuung (Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, 2001, Band I, 152 ff.). Dort werden Armuts- und Niedriglöhne im Rahmen der gesamten Erwerbstätigkeit bestimmt, die neben abhängig Beschäftigten in allen Beschäftigungsverhältnissen von der Vollzeit bis zur geringfügigen Beschäftigung auch Selbständige einschließlich Scheinselbständige umfasst. Das Referenzeinkommen der Bundesregierung ist das arithmetische Mittel aller der oben genannten heterogenen Erwerbseinkommen, das a priori wegen des Einschlusses geringfügiger Beschäftigung und anderer Teilzeit, aber auch wegen Scheinselbständigkeit deutlich niedriger ausfallen muss als ein Einkommensdurchschnitt aus Vollzeit-Erwerbseinkommen. Zudem verwendet die Bundesregierung als Datenbasis für die Streuung der Erwerbseinkommen das sozioökonomische Panel (SOEP), das hohe Einkommen deutlich schlechter erfasst als die von der Bundesregierung ansonsten im Bericht verwendete EVS, aber untere Einkommen im Vergleich zur EVS eher überrepräsentiert. Auch aus diesem Grund ist das Referenzeinkommen der Bundesregierung besonders niedrig. Wird nun dieses niedrigere Referenzeinkommen an die Einkommen von Vollzeitbeschäftigten angelegt und dort die Einkommensarmut mit der 50 %-Referenz-

schwelle oder der prekäre Einkommensbereich mit der 75 %-Referenzschwelle berechnet, so ergibt sich notwendigerweise nur eine sehr kleine Anzahl von unter diesen Schwellen betroffenen Vollzeitbeschäftigten. Für 1998 lauten die entsprechenden Angaben der Bundesregierung: 1,4 % aller Vollzeitbeschäftigten befinden sich in Armut „trotz Erwerbsarbeit“, und zusätzlich 9,8 % aller Vollzeitbeschäftigten liegen im prekären Erwerbseinkommensbereich zwischen 51 und 75 % (Band I, 174).

Im Ergebnis von *Tabelle 9* hier sieht die allgemeine Lohnspreizung in Westdeutschland wesentlich anders aus. Die früher schon für 1995 ermittelten Spreizungsergebnisse unterscheiden sich nur wenig von den für 1997 aktualisierten: Die Armut trotz Vollzeitarbeit unterhalb der 50 %-Schwelle ist im Vergleich zu 1986 in relativen Größen mit 11,5 % unverändert. In absoluten Zahlen jedoch hat sich die Armut trotz Vollzeitarbeit vergrößert, weil die Anzahl der Vollzeitbeschäftigten in Westdeutschland von 18,78 Millionen 1986 auf 19,04 Millionen Personen in 1997 gestiegen ist, die Gruppe der „Lohnarmen“ beläuft sich also zuletzt auf 2,19 Millionen Personen. Allerdings hat sich in den letzten Jahren die Struktur der Armutslöhne „verbessert“; ganz niedrige Arbeitseinkommen unter 25 oder gar 20 % des Referenzeinkommens gibt es deutlich weniger. Im Vergleich zu 1975 hat jedoch die Armut trotz Vollzeitarbeit auch relativ zugenommen. Bei den BezieherInnen von prekären Löhnen im Einkommensbereich zwischen 50 und 75 % des Referenzwerts ist die Anzahl sowohl gegenüber 1975 wie 1986 relativ und absolut gestiegen; sie macht zuletzt 24 % aller Vollzeitbeschäftigten oder 4,57 Millionen Personen aus. Die Summe aus Armutslöhnen und prekären Löhnen ergibt den gewachsenen Niedriglohnbereich, der sich immerhin auf inzwischen gut ein Drittel aller Vollzeitstellen in Westdeutschland beläuft. Der einmal dominierende „Mittelstandsbereich“ der LohnbezieherInnen mit Vollzeit-Arbeitseinkommen zwischen 75 und 125 % ist dagegen auf knapp 48 % gesunken. Zugelegt hat wiederum der „obere Rand“ mit BezieherInnen von Vollzeit-Arbeitseinkommen über 125 % des Referenzwerts; dieser Einkommensbereich beginnt etwas unterhalb der Beitragsbemessungsgrenze der gesetzlichen Rentenversicherung. In ihm befinden sich 1997 16,6 % aller Vollzeitbeschäftigten in Westdeutschland bzw. 3,16 Millionen Personen.

Auf den ersten Blick überraschend erscheint, dass 1997 in Ostdeutschland bereits eine dem Westen stark vergleichbare Lohnspreizung vorzufinden ist – bei allerdings generell niedrigeren Lohnniveaus, die auch das ostdeutsche Referenzeinkommen für die Spreizungsmessung deutlich geringer als im Westen ausfallen lassen. Aber die Anpassung an das westdeutsche Bezahlungssystem prägt offenbar sieben Jahre nach der deutschen Vereinigung die Bezahlungsstrukturen bzw. -hierarchien stärker als die Bezahlungsniveaus. Auf eine Darstellung der Strukturentwicklung im Osten vor 1997 wird hier im Übrigen verzichtet. Die Beschäftigtenstichprobe des IAB für Ostdeutschland setzt ohnehin erst in 1993 ein, und selbst für dieses Jahr ist nicht auszuschließen, dass das Meldeverhalten der ostdeutschen Arbeitgeber über die sozialversicherungspflichtigen Einkommen noch fehlerhafter bzw. unvollständiger war als das westdeutscher Arbeitgeber.

Im Rahmen eines gerade begonnenen Forschungsprojekts im Auftrag der NRW-Landesregierung ist eine stärkere Differenzierung dieser Spreizung in der Vollzeitarbeit nach weiteren betrieblichen, persönlichen und regionalen Merkmalen auf Basis der Beschäftigtenstichprobe für West und Ost geplant.¹⁵ Eine Spreizungsanalyse auch von Nicht-Normalarbeitsverhältnissen mit der Beschäftigtenstichprobe ist dagegen – zumindest vorerst – nicht möglich: Für die angemessene Analyse von sozialversicherungspflichtigen Teilzeitbeschäftigten bzw. deren Arbeitslöhnen müssten die Arbeitgeber im Rahmen der obligatorischen Verdienstmeldungen an die Sozialversicherung vom Gesetzgeber erst verpflichtet werden, neben der Verdiensthöhe auch das bezahlte geleistete Arbeitsvolumen zu melden, so dass erst dann eine sinnvolle Aussage zur Verdiensthöhe bei prekären Beschäftigungsverhältnissen möglich ist. Das gilt im Prinzip auch für die neuerdings seit 1999 meldepflichtigen 630-DM-Beschäftigten, deren Arbeitszeit ebenfalls variiert. In jedem Fall kann aber aus dem hier definierten Normalarbeitsverhältnis von ganzjährig vollzeitbeschäftigten Deutschen ein durchschnittlicher Stundenlohn abgeleitet

¹⁵ Die in *Tabelle 8* zusammengefassten Wirtschaftsbereiche können z.B. wesentlich stärker untergliedert werden; Ähnliches gilt für die Berufe und auch für Betriebsgrößen und Beschäftigtenalter.

werden, der als Stunden-Referenzwert auch für Nicht-Normalarbeitsverhältnisse nutzbar wäre.

Prekäre Löhne oder gar Armut in der Vollzeitarbeit sind nun nicht automatisch gleichzusetzen mit prekären Haushaltseinkommen oder mit Armut im privaten Haushaltsverbund. Denn die BezieherInnen von Niedriglöhnen sind im Haushaltskontext häufig nicht die einzigen Einkommensbezieher; und selbst einzelne individuelle Brutto-Markteinkommen werden zumindest durch die öffentliche Umverteilung auf ein anderes Einkommensniveau und eine andere Einkommensebene, das verfügbare oder kaufkräftige Einkommen, transformiert. Auf dieser Ebene relativiert sich übrigens das Ergebnis des oben geschilderten Ost-West-Niveauvergleichs der Bruttoarbeitseinkommen. Im Durchschnitt beträgt die Kaufkraft des individuellen Vollzeit-Arbeitseinkommens im Osten gut 80 % des entsprechenden westdeutschen Niveaus, was im Wesentlichen auf den bei geringeren Bruttoverdiensten deutlich niedrigeren Progressionseffekts des Einkommensteuersystems zurückzuführen ist (Hake/Kaukewitsch, 2001, S. 399).

Hier streuen allerdings die Ergebnisse hinter den Durchschnittswerten nicht nur in Abhängigkeit von der Verdiensthöhe, sondern zusätzlich auch noch nach Familienstand, Haushaltstyp und transferauslösenden Lebenslagen, so dass neben dem individuellen Lohn auch der Haushaltsverbund zur differenzierten Analyse der Einkommensverteilung gehört. Beide Verteilungsebenen haben jeweils eigene politische Bedeutungen: der Lohn als Ausdruck der individuellen Leistungsfähigkeit, der unternehmerischen Kosten und der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage; der Haushalt als Gegenstand von lebenslagenorientierter Sozialstaatlichkeit.

3

Einkommen privater Haushalte

Zur Verteilung auf Haushaltsebene waren bisher die verfügbaren empirischen Informationen bekanntlich besonders unzureichend. Mit der Vorlage des ersten nationalen Armuts- und Reichtumsberichts von Rot-Grün durch das *Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung* (2001) sind diese Defizite vermindert – und können bei

zukünftiger regelmäßiger Berichterstattung hoffentlich weiter abgebaut werden (Deutscher Bundestag 2001). Das Hauptanliegen des vorgelegten Berichts ist die Darstellung von Lebenslagen der privaten Haushalte in Deutschland, zugespißt auf die materielle Verteilung ihrer Einkommen und auch Vermögen. Im Mittelpunkt steht aus Gründen der Datenverfügbarkeit die Verteilung der Gesamteinkommen privater Haushalte und ihrer Mitglieder („personelle Vermögensverteilung“). Der erste nationale Armuts- und Reichtumsbericht, geschrieben von der Bundesregierung selbst, basiert auf fast 30 wissenschaftlichen Gutachten, die bald auch öffentlich zugänglich sind, sowie darin verfügbarem Datenmaterial bis überwiegend zum Jahre 1998, das mit dem Antritt der Rot-Grünen Regierungskoalition zusammenfällt.

Eine ausführliche Auseinandersetzung mit dieser Materialfülle und den verbundenen Methodenfragen kann hier nicht erfolgen.¹⁶ Erste Zusammenfassungen der empirischen Kernaussagen zur Entwicklung der Einkommens- und Vermögensverteilung, die sich weitgehend auf die Einkommen- und Verbrauchsstichprobe (EVS) als zuverlässigste Quelle stützen, sind bereits an anderer Stelle erschienen (z. B. von Becker 2001a, b; Butterwegge/Kluntz 2001).¹⁷ Auch erste Bewertungen des Regierungsberichtes und seines Umgangs mit der Empirie wie mit dem eigenen Anspruch, die Lebenslage der Menschen in Deutschland zu beschreiben und zu verbessern, liegen bereits vor und sparen nicht mit Kritik (z.B. Erb 2001; Hanesch 2001; Hauser 2001; Hirschel 2001; Rügemer 2001; Schäfer 2001b; Schüssler 2001; Zinn 2001). Deshalb sollen hier nur einige positive und negative Aspekte des Regierungsberichts angesprochen werden.¹⁸

Der erste nationale Armuts- und Reichtums-Bericht einer Bundesregierung und die für ihn in Auftrag gegebenen wissenschaftlichen Gutachten erzeugen zunächst Genugtuung und Anerkennung: Wegen einer endlich umgesetzten langjährigen Forderung aus Wissenschaft und Politik, zu der auch die Forschungsaktivitäten von Hans Böckler Stiftung und WSI ein Stück beigetragen haben; vor allem aber wegen Ansatz und Inhalt des Berichts über die Verteilung von personeller Teilhabe am materiellen und sozialen Leben.

Der Ansatz vertritt einen bestimmten Begriff von „sozialen Lebenslagen“ und „relativem Wohlstand“ für die einzelnen

BürgerInnen. Nicht nur die Teilhabe an Einkommen und Vermögen, sondern auch an sonstigen materiellen und immateriellen Chancen sowie am sozialen, kulturellen und politischen Leben machen als Summe von verschiedenen Lebenslagen den persönlichen Wohlstand aus. Eine relativ breite Streuung dieses Wohlstands in Industriegesellschaften wird als akzeptabel unterstellt. Aber die Abstände zwischen den persönlichen Wohlstandspositionen, insbesondere zwischen „Oben“ und „Unten“, sollen schließlich nicht zu groß werden. Verbessern sich z.B. die Lebenslagen „Oben“, so sollen auch die „Unten“ relativ mehr Teilhabe erhalten. Sonst tritt gravierende soziale Ungleichheit oder gar soziale Polarisierung ein, die einerseits „sozialen Ausschluss“ und andererseits „soziale Exklusivität“ bedeutet. Jedenfalls sind nach diesem Ansatz quantifizierbare soziale Ungleichheiten zugleich Beobachtungs-Indikatoren für die Politik, die ab einem bestimmten Ausmaß von Ungleichheit auch zu Indikatoren für politisches Handeln bzw. Gegensteuern werden.

Der Inhalt des Berichts belegt, dass es in Deutschland zahlreiche, früher häufig geleugnete soziale Ungleichheiten gibt. Er bestätigt auch eine bisher teilweise bestrittene Empirie, nach der Ungleichheiten zugekommen haben. Der Bericht offenbart zu-

16 Noch stärker als bei der oben angesprochenen Streuungsmessung der individuellen Arbeitseinkommen stellen sich beim Haushaltseinkommen – soweit es überhaupt erfassbar ist – methodische Fragen: nach den einzubeziehenden Haushalten und den Kriterien ihrer Differenzierung, zu berücksichtigenden realen und fiktiven Einkommensquellen wie dem Nutzen von Wohneigentum, geeigneten Einkommensreferenzwerten und Referenzwertschwelen für Armut und Reichtum, Annahmen über die empirisch weitgehend unbekannte haushaltsinterne Einkommensverteilung auf die verschiedenen Haushaltsmitglieder, Gewichtung der Haushaltseinkommen in Abhängigkeit von Kopffzahl und Altersstruktur der Mitglieder (Äquivalenzziffern) zur Herstellung von Vergleichbarkeit u.a.m.

17 Eine intensive Debatte des Regierungsberichts ist von einer Tagung des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung am 13. Dezember in Berlin zu erwarten, auf der die Perspektiven einer Fortsetzung der Regierungs-Berichterstattung auf der Tagesordnung stehen.

18 Die wissenschaftlichen Gutachten im Auftrag der Bundesregierung werden im Anhang von Band I des Regierungsberichts aufgelistet und können beim Bundesministerium für Arbeit angefordert werden; zumindest der Bericht selbst ist mit seinen zwei Bänden auch im Internetanschluss der Bundesregierung verfügbar: www.bundesregierung.de.

gleich mehrere eklatante Widersprüche zwischen gesellschaftlichen Wertvorstellungen, die von der Politik häufig wie eine Monstranz öffentlich präsentiert werden, und faktischen Lebenslagen in Deutschland, die auch auf das Versagen der Politik zurückgehen. Ein besonders eindrucksvolles Beispiel liefern die Berichtsergebnisse über die relativ schlechte Einkommensposition der großen Gruppe von Eltern bzw. Erziehungsleistenden, die in deutlichem Kontrast steht zur öffentlich propagierten Bedeutung von Familie und speziell von Kindern.

Der Armuts- und Reichtumsbericht bekräftigt insgesamt den Eindruck, dass in Deutschland viel zu tun ist – und dabei zur Problemlösung auch viel Geld „bewegt“ werden müsste. Was aber konkret getan werden soll, wird im Bericht leider weitgehend ausgespart. Zwar werden dort auch die Regierungsaktivitäten von Rot-Grün in den ersten zwei Regierungsjahren aufgelistet, die soziale Ungleichheit bekämpfen sollen. Aber weder Zeitspanne noch Inhalte können ausreichen, um hier zu befriedigen. Doch der Bericht hat noch andere Schwächen und Defizite, die teilweise sogar den Eindruck erwecken, dass Verteilungsprobleme relativiert werden sollen. Das gilt selbst dann, wenn man anerkennt, dass ein erster Bericht dieser Art nicht alles leisten kann.

Auf die latente Beschönigung von Armut in der Arbeit durch problematische Messverfahren ist in diesem Beitrag schon oben im Abschnitt „Individuelle Arbeits-einkommen“ hingewiesen worden. Eine indirekte Beschönigung von Polarisierungen ist das Schweigen des Armuts- und Reichtumsberichts zu den nach wie vor vorhandenen Benachteiligungen von Frauen bei der individuellen Partizipation an Arbeitsmarkt und Erwerbseinkommen, die mit der geringen Beteiligung von Männern an Haushaltsführung und Kindererziehung bzw. an unbezahlter Arbeit eine nicht weniger problematische Entsprechung hat. Diese Unterschiede zwischen Frauen und Männern werden allerdings im Rahmen eines anderen Auftrags der Bundesregierung, der unabhängig vom Armuts- und Reichtumsbericht entstanden ist, in dem schon erwähnten Gutachten von *WSI/INIFES/Tondorf* (2001) präsentiert. Noch problematischer ist im Armuts- und Reichtumsbericht die Aussage der Bundesregierung, dass sich die private Vermögensverteilung im Gegensatz zur privaten Einkommens-

verteilung leicht verbessert habe. Dem steht nicht nur die gestiegene Ungleichheit der Einkommen entgegen, die wegen damit ungleicher gewordener Sparfähigkeiten bzw. Vermögensbildungsfähigkeiten schon theoretisch auch eine ungleichere Vermögensverteilung zur Folge hat. Dieser „beschwichtigenden Aussage“ stehen auch die vielen im Armuts- und Reichtumsbericht gar nicht oder nur mit Teilvolumen eingegangenen Vermögensarten entgegen, insbesondere das unberücksichtigte Produktivvermögen. Sie werden im Bericht nicht ausreichend problematisiert, obwohl gerade bei hohen Vermögen viele verfügbare Indikatoren trotz aller empirischen Erfassungsprobleme auf eine starke und steigende Vermögenskonzentration hindeuten.

Diese Relativierungen der Verteilungsproblematik durch die Bundesregierung vermindern gleichzeitig auch den politischen Handlungsdruck, der von Indikatoren zu Lebenslagen ausgeht – und ausgehen sollte. Das gilt insbesondere für das größte Defizit des Armuts- und Reichtumsberichts: den Verzicht auf eine Ursachenanalyse von (wachsender) Ungleichheit, obwohl diese neben den empirischen Lebenslagen-Indikatoren eine weitere Voraussetzung für zielgerichtetes und effektives Gegensteuern bei Ungleichheits-Problemen wäre.

Zwar wird vom Regierungsbericht als wichtigstes Symptom insbesondere von Armut die verbreitete Arbeitslosigkeit bzw. der häufig unerfüllte Wunsch nach Erwerbsarbeit und Erwerbseinkommen betont. Aber wie mehr Arbeit zu realisieren ist, wird im Bericht nicht erörtert. Ebenso wenig wird dort erklärt, warum die registrierte wie die nicht-registrierte Arbeitslosigkeit 1998 auf hohem Niveau andauerte – obwohl die damals abgelöste Schwarz-Gelbe Koalition die von ihr 16 Jahre lang betriebene Politik, darunter insbesondere Steuerpolitik und andere verteilungspolitische Maßnahmen, immer wieder als „Beschäftigungsförderung“ ausgegeben hatte. Dieser Mangel im Bericht erstaunt am meisten, weil die heutige Bundesregierung mit der vorangegangenen einige Kontinuitäten verbindet: speziell die Steuerentlastung von Unternehmen und die Sparpolitik im öffentlichen Haushalt, tendenziell aber auch die Deregulierung von Arbeitsbedingungen.

Nach 16 Jahren Kohl'scher Politikmuster und massenhaft unerfüllten Erwerbswünschen aber ist eine Vergewisserung

über vermeintliche und wirkliche Zusammenhänge gerade zwischen Verteilung und Beschäftigung mehr als angebracht. Solche Zusammenhänge können sich immerhin schon erschließen, wenn man von der personellen Verteilungsebene, die der Armuts- und Reichtumsbericht weitestgehend behandelt, übergeht auf die vorgelagerten und vorprägenden Ebenen der funktionalen Einkommen am Markt sowie der öffentlichen Umverteilung, wie sie z.B. hier in den WSI-Verteilungsberichten im Vordergrund stehen. Im Rahmen einer solchen Ursachenanalyse müsste gerade angesichts der feststellbaren funktionalen Verteilung und der sie auch verantwortenden Politik zumindest die Frage gestellt werden: Erzeugen Kohl'sche Politikmuster und ihre Rot-Grüne „Verlängerung“ nicht auf Dauer mehr Schaden als Nutzen? Und zwar sozialen wie ökonomischen Schaden? Sprechen nicht auch internationale Erfahrungen massiv für entsprechende Zweifel?

4

Ausstehende politische Konsequenzen

Aus Sicht der WSI-Verteilungsberichte sind in den letzten Jahren so viele empirische Indizien verfügbar geworden, dass die genannten Fragen bejaht werden müssen. Die politische Verantwortung für den eingetretenen Schaden liegt im Wesentlichen bei den verschiedenen Formen von „Lohnmoderation“, die Arbeit insgesamt billiger gemacht haben, und den Steuerlastverschiebungen, die Kapitaleinkommen zusätzlich begünstigt haben: häufige Nichtausschöpfung des Verteilungsspielraums aus Preis- und Produktivitätszuwachs, „reale“ Lohnspreizung wegen der relativen Substitution von Normalarbeitsverhältnissen durch prekäre Beschäftigungsverhältnisse, regionale Lohnspreizung durch das erhebliche und anhaltende Ost-West-Lohngefälle, besondere Lohnspreizung in der Vollzeitarbeit durch verbreitete Niedriglöhne bis hin zu Armutslöhnen; wiederholte gesetzliche Steuerentlastungen zugunsten der Unternehmen, legale und illegale Steuerschlupflöcher für hohe Einkommen und Vermögen, mangelnde Bekämpfung der massiven Steuerhinterziehung bei mehreren Einkommensquellen. Diese Faktoren haben zusammen die Binnennachfrage in Deutschland über Gebühr geschwächt und

so einen Teil der Arbeitslosigkeit erst geschaffen oder verfestigt, die man durch diese Politik eigentlich verhindern oder abbauen wollte. Der private Konsum und die öffentlichen Investitionen stagnieren oder sinken sogar seit Jahren und belasten so den Arbeitsmarkt, während der Export trotz vermeintlicher Standortnachteile von Rekord zu Rekord eilt.

Mit der selbstverantworteten Einnahmeschwäche des Staates und der relativen Abnahme der öffentlichen Nachfrage geht die Vernachlässigung von weicher und harter Infrastruktur einher, die schon seit Schwarz-Gelb Schatten auf zukünftige Produktions- und Absatzmärkte wirft. Heute werden diese Schatten eher noch länger, weil insbesondere die bisherigen Rot-Grünen Steuermaßnahmen Unternehmen und Kapital(einkommens-)Besitzer wieder weit stärker als andere begünstigen und so die Verteilungsschere zu Lasten von privater und öffentlicher Nachfrage noch weiter auseinander treiben. Dasselbe gilt für die mittelfristige Finanzpolitik, wenn sie die geplanten Haushaltsüberschüsse realisiert, was angesichts der Vorgaben auf der Einnahmeseite nur auf Kosten der öffentlichen Ausgabenzuwächse denkbar ist. So werden zum Beispiel Bildung und Wissenschaft weiter leiden und damit auch die humankapital-fundierte ökonomische Wettbewerbsfähigkeit. Dabei ist heute schon die Diskrepanz zwischen der immer wieder öffentlich geforderten „Wissengesellschaft“ und dem faktisch dafür eingesetzten Aufwand befremdlich.

Man darf also auf keinen Fall nur nach den sozialen Folgen einer weiter zuneh-

menden privaten wie öffentlichen „Verarmung“ durch die erwähnten Politikmuster Ausschau halten; auch die ökonomischen Folgen können gravierend kontraproduktiv sein. Und gerade die in den WSI-Verteilungsberichten schon früher referierten US-Erfahrungen zeigen, dass soziale und ökonomische Schäden zwei Seiten derselben Medaille sind (aktuell dazu Shelden/Wise 2001).

Die Summe der gesammelten Indizien lautet: Die soziale Lage einer Gesellschaft ist zumindest auf lange Sicht nicht nur Indikator, sondern auch Motor oder Bremse der ökonomischen Entwicklung. Und die Politik hat es vor allem über Steuer- und Sozialpolitik nach wie vor zu einem erheblichen Teil in der Hand zu entscheiden, ob die gesellschaftliche Verteilung zum Motor oder zur Bremse wird. In Deutschland hat die Politik in der letzten Vergangenheit leider eine Bremse ausgelöst. Auf solche Zusammenhänge hätte der Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung bei einer Ursachenanalyse von sozialer Ungleichheit stoßen können. Es kommt jetzt darauf an, diese Zusammenhänge wenigstens zukünftig nachzuvollziehen und bisherige Denk- und Politikmuster durch andere zu ersetzen, die aus der Bremse wieder einen Motor machen.

Zusammenfassend: Die personelle Verteilung auf der Ebene privater Haushalte ist eng mit zwei weiteren Verteilungsebenen verzahnt, die im Armuts- und Reichtumsbericht leider nicht beachtet werden: der funktionalen Verteilung und der öffentlichen Umverteilung. Die Nichtbeachtung wiegt umso schwerer, als viele Probleme

der personellen Verteilung ursächlich auf die beiden anderen zurückgehen. Zum Beispiel gehen private Armut und anderer sozialer Ausschluss auch auf öffentliche Armut zurück, die die gezielte Bekämpfung der personellen Ungleichheiten erschwert. Und öffentliche Armut existiert, weil die funktionalen Markteinkommen aus Gewinn und Vermögen fiskalisch nach wie vor geschont werden – obwohl statt der erhofften Beschäftigungseffekte neben sozialen auch immer mehr ökonomische Schäden entstehen. Ähnlich wirkt sich die Schonung derselben Einkommen durch die verschiedenen Spielarten der „Lohnmoderation“ aus.

Diese Wirkungskette kann aber auch in umgekehrter Richtung genutzt werden, um durch Änderung der Lohnpolitik wie der Umverteilungspolitik personelle Ungleichheiten und ökonomische Risiken wirkungsvoller zu bekämpfen: Mehr Steuern und auch Abgaben auf Gewinn- und Vermögenseinkommen würden die öffentliche Armut lindern und mehr Spielraum für die Vorsorge gegen private Armut wie gesellschaftliche Zukunftsrisiken erzeugen. Zusammen mit höheren Löhnen würde das auch die Binnennachfrage stärken und so über mehr Beschäftigung und höhere private Investitionen noch einmal eine indirekte Unterstützung derselben Zukunftsvorsorge liefern. Dies könnten die bisher nicht gezogenen Konsequenzen des Armuts- und Reichtumsberichts sein.

LITERATUR

Becker, I. (2001a): Einkommens- und Vermögensverteilung in Deutschland: ein Bild mit unscharfen Konturen, in: Andersen, U. u.a. (Hrsg.), Einkommens- und Vermögensverteilung in Deutschland – skandalös oder gerechtfertigt? Beiträge zur wissenschaftlichen Grundlegung und zur Unterrichtspraxis, Jg. 34, 2, Schwalbach/Ts., S. 19-39

Becker, I. (2001b): Die Reichen und ihr Reichtum – Vortrag auf der Tagung „Oberschichten – Eliten – Herrschende Klassen“ am 20.07.2001 im Institut für Soziologie der Universität Mainz

Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (Hrsg.) (2001): Lebenslagen in Deutschland. Der Erste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Bd. I: Bericht, Bd. II: Daten – Fakten, Materialband, Bonn

Butterwegge, C./Kludt, N. (2001): Armut bei Kindern und Jugendlichen, in: Arbeit und Sozialpolitik 9-10, S. 53-61

Deutsche Bundesbank (2001a): Die gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsströme im Jahr 2000, in: Monatsbericht 6, S. 16-39

Deutsche Bundesbank (2001b): Ertragslage und Finanzierungsverhältnisse westdeutscher Unternehmen im Jahr 1999, in: Monatsbericht 3, S. 19-43

Deutscher Bundestag (2001): Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung (11. Ausschuss), Stellungnahme zum Ersten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung sowie zur zukünftigen Bekämpfung von Armut, in: Bundestags-Drucksache 14/6628, Berlin

Deutscher Gewerkschaftsbund (2001): Zur Einkommensentwicklung in Deutschland: Arbeitnehmerkaufkraft seit 1991 stetig gesunken, in: Informationen des DGB zur Wirtschafts- und Strukturpolitik 6, Berlin

- Erb, G.** (2001): Die soziale Spaltung verschärft sich. Zum Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, in: Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte 7-8, S. 438-442
- Görzig, B./Gornig, N.** (2001): Ostdeutschland: Sind die Löhne das Wettbewerbsproblem der Betriebe?, in: Wochenbericht des DIW 17, S. 271-279
- Hake, L./Kaukewitsch, P.** (2001): Ergebnisse der Lohnstatistik für 2000, in: Wirtschaft und Statistik 5, S. 389-401
- Hanesch, W.** (2001): Bundesregierung unter Druck – Kommentar zu Armut und Reichtum in Deutschland, in: Böckler zum Bündnis 16, S. 4f. ([www.boeckler.de/Böckler zum Bündnis](http://www.boeckler.de/Böckler_zum_Bündnis))
- Hauser, R.** (2001): Soziale Ausgrenzung nimmt zu – Kommentar zu Armut und Reichtum in Deutschland, in: Böckler zum Bündnis 14, S. 4 ([www.boeckler.de/Böckler zum Bündnis](http://www.boeckler.de/Böckler_zum_Bündnis))
- Hirschel, D.** (2001): Über die Schwierigkeiten des politischen Umgangs mit Reichtum, in: Supplement der Zeitschrift Sozialismus 6, S. 30-40
- Rügemer, W.** (2001): Heile Welten – Der Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 7, S. 863-871
- Schäfer, C.** (1997): Empirische Überraschung und politische Herausforderung: Niedriglöhne in Deutschland, in: Becker, I./ Hauser, R. (Hrsg.), Einkommensverteilung und Armut – Deutschland auf dem Weg zur Vierfünftel-Gesellschaft?, Frankfurt/Main, S. 83-111
- Schäfer, C.** (1998): Das Ende der Bescheidenheit wäre der Anfang der Verunft – zur Verteilungsentwicklung 1997 und den Vorjahren, in: WSI-Mitteilungen 10, S. 675-690
- Schäfer, C.** (2000a): Privater Reichtum um den Preis öffentlicher und privater Armut? – Die Verteilungsentwicklung in 1999 und den Vorjahren, in: WSI-Mitteilungen 11, S. 747 – 764
- Schäfer, C.** (2000b): Niedrigere Löhne – bessere Welten?, in: WSI-Mitteilungen 8, S. 534-551
- Schäfer, C.** (2001a): Bundesregierung hat Chance verpasst – Kommentar zu Armut und Reichtum in Deutschland, in: Böckler zum Bündnis 15, S. 4 ([www.boeckler.de/Böckler zum Bündnis](http://www.boeckler.de/Böckler_zum_Bündnis))
- Schäfer, C.** (2001b): Über die Rastlosen und die Ausgeschlossenen in der Gesellschaft. Armut und Reichtum in der Bundesrepublik, in: Frankfurter Rundschau vom 25.09.2001, Dokumentationsseite
- Schüssler, R.** (2001): Ohne klare Botschaft – Kommentar zu Armut und Reichtum in Deutschland, in: Böckler zum Bündnis 17, S. 4 ([www.boeckler.de/Böckler zum Bündnis](http://www.boeckler.de/Böckler_zum_Bündnis))
- Shelden, R. G./Wise, T.** (2001): Unterdrückte Wahrheiten. Der Selbstbetrug des weißen Amerika, in: Frankfurter Rundschau vom 31.08.2001, Dokumentationsseite
- Teichmann, D./Vesper, D.** (2001): Öffentliche Haushalte 2001/2002: Rückläufige Investitionen dämpfen steuerliche Impulse, in: Wochenbericht des DIW 37, S. 569-782
- Truger, A.** (Hrsg.) (2001): Rot-Grüne Steuerreform in Deutschland. Eine Zwischenbilanz, Marburg
- WSI/INIFES/Tondorf** (2001): WSI in der Hans Böckler Stiftung / Internationales Institut für empirische Sozialökonomie, Forschungsgruppe Tondorf, Bericht zur Berufs- und Einkommenssituation von Frauen und Männern im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Düsseldorf/Stadtbergen/Berlin
- Zinn, K.-G.** (2001): Gediegene Daten – problematische Rezepte. Zum ersten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, in: Supplement der Zeitschrift Sozialismus 6, S. 20-29